

TagesWoche

N° 34

Freitag, 25.08.2017

CHF 5.-

Diskriminierung / S. 6

Wer ein Kopftuch trägt, hats bei der Jobsuche schwer. Warum ein Stück Stoff so viel Gewicht hat.

DER FLUCH MIT DEM TUCH

ANZEIGE

MUSEUM
TINGUELY
EIN
KULTURENGAGEMENT
VON ROCHE

JÉRÔME
ZONDER
7. JUNI – 1. NOVEMBER 2017
THE DANCING ROOM

© Jérôme Zonder. Foto: Courtesy Galerie Jan Hoff, Paris



iwb

Besuchen
Sie uns an der
Auto Basel
in Halle 2.0

14.-17.9.2017

E-MOBILITÄT

Mobilitätsabo und Vermieterpaket – das perfekte Duo.

Wir verbinden Mieter, Vermieter und
Eigentümer mit perfekt aufeinander
abgestimmten Angeboten rund um
E-Mobilität. iwb.ch/mobilitaet

Aus eigener Energie.

Rentenreform / S. 20

FOTO: HANS-JÖRG WALTER



Bundesrat Berset warnt im Interview vor den Folgen eines Nein am 24. September. Und wir rechnen nach, was die Reform für die Altersvorsorge von Frauen bedeutet.

«Euses Baselbiet» / S. 26

FOTO: NILS FISCH



Liedertswil n'existe pas: Die wirklich Eingeborenen leben in Tschoppenhof.

Kunstmuseum / S. 30

FOTO: ELENI KOUGIONIS



Der Neubau hat ein strukturelles Problem: Die Betriebskosten schiessen durchs Dach.

Lucia Mikeler Knaack S. 4
Bestattungen S.16
Georg Kreis S.18
Bildstoff S.24
Kinoprogramm S.32
Wochenendlich S.33
Kreuzworträtsel S.34
Impressum S.34

Knackeboul / S.17

**Nazis, Neger,
Hurensöhne:
eine Kolumne
voll mit wüsten
Wörtern.**

ANZEIGE





Andrea
Fopp
Redaktorin

Das Gegenteil von Gleichstellung

Als die damalige Bundesrätin Micheline Calmy-Rey den Iran besuchte, trug sie ein Kopftuch. Bürgerliche Politiker kritisierten, sie unterwerfe sich dem konservativen Frauenbild des muslimischen Landes. Auch die US-Präsidentengattinnen Michelle Obama und Melania Trump trugen Kopftücher, aber nicht etwa während ihres Besuchs in Saudi-Arabien, sondern bei einer Audienz mit dem Papst. Das hat Tradition: Christinnen galten lange Zeit nur als ehrbar, wenn sie ihr Haar bedeckten.

Heute ist das Kopftuch in der Schweiz verpönt. Politiker und Journalisten fordern Kopftuchverbote. Dabei argumentieren sie entweder mit der Gleichstellung der Frau oder mit ihrer Integration in unsere Gesellschaft.

In Wirklichkeit geht es dabei aber selten um das Wohl der Frauen. Das weibliche Aussehen ist vielmehr ein Machtinstrument. Herrscher – ob Islamisten oder Schweizer Politiker – nehmen die verhüllte Frau als Symbol, um ihre Interessen durchzusetzen.

Damit schüren sie Misstrauen, auch bei Arbeitgebern. Davon erzählen wir in dieser Ausgabe: die Geschichte von zwei Musliminnen, die in Basel keine Lehrstelle finden. Eine Erklärung gab uns nur die Bank Credit Suisse: «Unsere Angestellten mit Kundenkontakt dürfen keine religiösen Symbole tragen.»

Statt auf eigenen Füßen zu stehen, müssen die beiden Frauen zur Sozialhilfe. Sie können das nicht verstehen: «Es sind nicht unsere Männer, die uns unterdrücken, sondern die Schweizer.» Mit Integration hat das wenig zu tun. Würden Arbeitgeber und Politiker sich auf eine Auseinandersetzung mit gläubigen Musliminnen einlassen, würden sie in der Mehrheit der Fälle hören: «Wir tragen das Kopftuch freiwillig.» Frauen vorzuschreiben, was sie anziehen dürfen und was nicht, ist das Gegenteil von Gleichstellung.

×

Weiterlesen, S. 6



Eine Lehre
gibts nur ohne
Kopftuch

Lucia Mikeler Knaack

von Andrea Tedeschi

Die Hebamme hat über 2000 Kinder zur Welt gebracht und kämpft seit 40 Jahren dafür, dass Frauen bei der Geburt selbst entscheiden können.

Ihre Ledertasche mit den Utensilien ist in Sichtweite, das Handy in Griffnähe. Lucia Mikeler Knaack ist bereit, jederzeit in ihren roten Fiat 500 zu steigen, den sie erst vor einer Stunde in die Garage gefahren hat. Das Unvorhergesehene gehört zu ihrem Alltag – seit 25 Jahren. Vielleicht auch deswegen strahlt sie Ruhe, Autorität und Humor aus. Ihr Beruf ist ihre Berufung, das sagt sie selbst am Esstisch ihres Hauses in Bottmingen.

Lucia Mikeler Knaack ist Beleghebamme am Bethesda Spital in Basel, hat über 2000 Kinder zur Welt gebracht und gleich viele Frauen bei der Geburt unterstützt. Um sie geht es ihr eben auch. «Die Frauen sollen die Geburt gut erleben», sagt sie und meint das «Wunderbare», das mit der «Brachialgewalt der Natur» zusammenfällt. Schönschnaufen lässt sich das nicht. «Eine Geburt definiert sich aber nicht über den Schmerz», sagt sie, «sondern dass Frauen ein Kind bekommen.»

Die gebürtige Baselbieterin hat erlebt, wie verstört Frauen aus einer Geburt kamen. Werdende Mütter waren lange nicht in der Position, dass Mann ihnen im Gebärsaal mit Empathie begegnete.

Karriere trotz Widerspruch

«Das geht gar nicht», sagt Lucia Mikeler Knaack mehrmals, gefolgt von ihrem unbekümmerten Lachen. Sie erinnert sich, wie es früher war: Vom Chefarzt bis hin zum Assistenzarzt und der Hebammen-Leiterin als einzige Frau betraten acht Leute die Spitalzimmer, gingen einer nach dem anderen an den Müttern vorbei, die in ihren Betten lagen, und kontrollierten die frisch genähten Dammschnitte.

«Das ging mir total gegen den Strich», sagt Lucia Mikeler Knaack. Sollte sie einmal was zu sagen haben, schwor sie sich, werde das nicht mehr passieren. Das war 1976. Mikeler Knaack hatte gerade ihre Hebammen-Lehre in Luzern begonnen, fünf Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts, die Abtreibungsdebatte war im Gang und das Spitalwesen in Männerhand.

Sie hinterfragte, widersprach. «Ich bin dort, sagen wir mal so, unangenehm aufgefallen.» Trotzdem machte sie Karriere, fand unter den wenigen Ärztinnen an der Basler



Zu Hause können gebärende Frauen ihren Rhythmus besser selbst bestimmen, glaubt Lucia Mikeler Knaack.

FOTO: ELENI KOUGIONIS

Frauenklinik Gleichgesinnte, die nicht wie ihre männlichen Kollegen agierten.

Heute erlebt Mikeler Knaack die Zusammenarbeit zwischen Hebammen und Ärzten als partnerschaftlich. Sie stellt aber fest, dass sich einige Ärzte immer noch über Gebärende hinwegsetzen. «Wenn eine schwangere Frau hört, dass es ihrem Kind nicht gut geht, kippt sie sofort.» Das Schwierigste sei, Frauen so zu führen, dass sie selbst entscheiden können. Klar ist: Wird es lebensbedrohlich, entscheidet das Personal.

«Nicht frei entscheiden zu können», sagt Mikeler Knaack, «daran nage ich.» Bei der Geburt ihres ersten Kindes konnte sie das auch nicht. Ihre Tochter lag in Steisslage und kam im Spital per Kaiserschnitt zur Welt. «Ich hätte gerne daheim geboren»,

sagt sie. Dort könne die Frau ihren Rhythmus am besten selbst bestimmen.

Die Frauenmedizin ist noch lange nicht emanzipiert. «Solange man an uns Frauen so gut verdient», sagt Lucia Mikeler Knaack, «wird sich gar nichts ändern.» Teenager ab 16 Jahren werden aufgefordert, in die frauenärztliche Kontrolle zu gehen – manchmal noch bevor sie sexuell aktiv sind.

Aufstehen um 3 Uhr nachts

Wäre es da nicht an der Frau selbst, sich zu wehren? «Heute ist jeder ein Experte: die Mutter, die Freundin, die Schwester und die Nachbarin.» Diesen Gruppendruck auszuhalten, erfordere Standhaftigkeit.

Mikeler Knaacks Kampf für die Frau ist auch einer für den Status der Hebamme. Sie doziert, politisiert als SP-Gemeinde- und

Landrätin. Und sie polarisiert. Obwohl sie die Gleichstellung begrüsst, sagt sie klar: «Eine männliche Hebamme ist im Gebärsaal nicht nötig. Ein Mann kann sich in dieser Situation nicht in eine Frau hineinversetzen.» Dass es auch Frauenärzte gibt, lässt sie nicht gelten. «Die haben wir nur, weil die Frauen lange nicht Ärztinnen werden durften und es keine Alternative gab.»

Seit über zehn Jahren ist Lucia Mikeler Knaack Beleghebamme, berät, betreut und begleitet Schwangere. Noch immer ist sie beeindruckt, dass da ein Bébé aus dem «Wasser» schlüpft und gleich zu atmen anfängt. Noch immer steht sie auf, auch um 3 Uhr nachts, wenn eine Frau in den Wehen liegt. Sollte ihr jemals der Gedanke kommen, dass sie lieber liegen bliebe, dann hört sie auf. ×



**Verzichte ich auf das Kopftuch
oder auf den Job? Vor dieser
Frage stehen viele Musliminnen.**

FOTO: GETTYIMAGES

Leyla und Benan suchen seit Jahren eine Lehrstelle. Doch weil sie Musliminnen sind und ein Kopftuch tragen, will kein Arbeitgeber sie anstellen.

EINE LEHRE GIBTS NUR OHNE KOPFTUCH

von Andrea Fopp

Leyla* hat alles richtig gemacht: Sie hat die Kaufmännische Vorbereitungsschule KVS mit einem Notendurchschnitt von 5,5 abgeschlossen. Auch den Multicheck hat sie gemacht. Dieser Test analysiert, ob eine Jugendliche die Voraussetzungen für einen bestimmten Beruf mitbringt. Das Resultat: Leyla ist für den Beruf einer kaufmännischen Angestellten überdurchschnittlich geeignet.

Daraufhin hat Leyla eine Bewerbung geschrieben und noch eine – und dabei, wie man das soll, Bezug auf die jeweilige Firmenphilosophie genommen. Dennoch erhielt Leyla Absage um Absage. Sie suchte

nach Gründen und kam zum Schluss: «Es muss am Kopftuch liegen.» Leyla ist Muslimin. Sie ist in der Türkei geboren und kam mit zwölf Jahren in die Schweiz.

Wir sitzen im Innenhof des Lernhauses CO13 im Kleinbasel. Das CO13 ist ein Bildungsprogramm, das junge Erwachsene dabei unterstützt, einen Schulabschluss zu erreichen oder eine Lehrstelle zu finden. Leyla hat sich hier im Oktober 2016 angemeldet, nachdem sie ein Jahr lang vergeblich Bewerbungen geschrieben hatte. Jetzt, neun Monate später, ist Leyla immer noch hier. Ihr dunkles Haar hat sie mit einem weissen Kopftuch bedeckt, ihre Arme sind unter langen Ärmeln verborgen. Leylas Deutsch ist fließend. Sie erklärt: «Alle sagen mir ab.»

Dieselbe Erfahrung macht Benan*. Die 24-jährige Türkin ist in der Schweiz aufgewachsen. Sie möchte Kinderbetreuerin werden und sucht bereits seit dem Jahr 2012 eine Lehrstelle. Auch sie bekommt Hilfe von CO13 und hat gute Zeugnisse. «Aber alle sagen mir ab.»

Das ist unüblich. Nach einem halben Jahr hätten die Teilnehmer des Lernprogramms normalerweise eine Lehrstelle, erklärt Ines Birkenhagen von CO13. Insbesondere mit Qualifikationen, wie sie Leyla und Benan mitbringen. Die beiden sind die ersten Frauen mit Kopftuch, die von CO13 betreut werden – eine Herausforderung für das Lernprogramm. Auch Männer und Frauen mit einem «-ic» im Namen haben es schwer. «Aber so etwas



Entscheidend für die berufliche Eignung sind die Qualitäten unter dem Kopftuch.

FOTOS: GETTYIMAGES

wie bei Leyla und Benan habe ich noch nie erlebt», sagt Birkenhagen.

Die deutsche Ökonomin Doris Weichselbauer hat zum Thema Diskriminierung im Arbeitsmarkt geforscht. Mittels Experiment fand sie heraus: Türkinnen mit Kopftuch werden dreimal seltener zum Vorstellungsgespräch eingeladen als Türkinnen ohne Kopftuch – und zwar mit der genau gleichen Bewerbung. Frauen mit deutschem Namen werden – bei genau gleichen Unterlagen – viereinhalbmal häufiger eingeladen. Weichselbauer kritisiert: «Der Westen diskutiert heiss darüber, ob muslimische Frauen in ihrer Kultur diskriminiert werden. Aber niemand redet darüber, wie muslimische Frauen in der westlichen Kultur behandelt werden.»

Verletzung der Persönlichkeitsrechte

Leyla wollte Gewissheit. Sie rief bei den Firmen an. Die einen antworteten ausweichend, riefen nicht zurück oder legten einfach auf. Aber es gab auch solche, die Leyla Antworten gaben: darunter eine internationale Grossbank mit Sitz in Zürich, ein Ausbildungsprogramm von Basler Kleinunternehmen, eine Basler Bank und eine Bekleidungskette für junge Frauen. Sie alle sagten laut Leyla: «Es liegt am Kopftuch.»

Rechtlich ist das nicht zulässig. Zwar erklärte das Bundesgericht im Fall einer Genfer Lehrerin ein Kopftuchverbot für rechtes. Doch die Schule ist öffentlich und untersteht dem Zivilrecht. Leyla aber hatte sich bei privaten Betrieben beworben, diese unterstehen dem Privatrecht.

Dort ist ein Verbot nur aus sachlichen Gründen wie zum Beispiel Hygiene oder Sicherheit zulässig, wie Kurt Pärli, Professor für Soziales Privatrecht an der Universität Basel, sagt. «Wird eine Frau wegen des Kopftuches nicht angestellt, obwohl sie fachlich am besten qualifiziert ist und es keine anderen sachlichen Gründe gibt, stellt eine Nichtanstellung eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte dar.»

«Persönliche Vorlieben von Arbeitgebern sind keine sachlichen Gründe für ein Kopftuchverbot.»

Rechtsprofessor Kurt Pärli

Viele Firmen argumentieren mit ihrer Kundschaft. So erklärte die Inhaberin eines kleinen Basler Geschäfts gegenüber Leyla: «Ich weiss nicht, ob die Schweizer noch kommen, wenn eine Frau mit Kopftuch hinter der Kasse steht.» Eine Kita, bei der sich Benan bewarb, hatte dieselbe Befürchtung: «Schweizer Eltern bringen ihre Kinder bestimmt nicht mehr zu uns.»

Ob dieses Argument vor Gericht akzeptiert würde, ist umstritten. «Es hängt davon ab, ob man allfällige Kundenwünsche als sachlichen Grund für ein Kopftuchverbot sieht oder nicht», sagt Rechtsprofessor Pärli. Es müsse zwischen den wirtschaftlichen Interessen

der Arbeitgeberin und den Persönlichkeitsinteressen der Arbeitnehmerin abgewogen werden. Sicher ist: «Keine sachlichen Gründe für ein Kopftuchverbot sind persönliche Vorlieben der Arbeitgeberin selbst.»

Auch die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus hat sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Für die Präsidentin Martine Brunschwig Graf ist klar: «Man kann das Kopftuch nicht einfach verbieten, weil die Kunden nicht begeistert sind.» Laut Brunschwig Graf gibt es Fälle, in denen Frauen mit Kopftuch diskriminiert werden, allerdings möchte sie nicht generalisieren. «Nicht jede Frau mit Kopftuch hat Probleme, eine Stelle zu finden.» Es gebe je länger, je mehr Arbeitgeber, die offen seien.

Doch auch wenn eine Diskriminierung vorliegt, ist es schwierig, sich zu wehren. Leyla und Benan erwogen beide, juristisch gegen die Firmen vorzugehen, die ihnen wegen des Kopftuchs eine Anstellung verweigert hatten. Doch ihnen fehlen die Beweise.

Keine Beweise für Diskriminierung

Das ist auch der Grund, weshalb die TagesWoche die meisten Firmen nicht namentlich nennt – es steht Aussage gegen Aussage. Wir haben die Unternehmen, bei denen Leyla und Benan unerwünscht waren, konfrontiert. Die meisten bestritten, dass sie eine Frau nur wegen ihres Kopftuches nicht anstellen würden.

Einzig die Bank Credit Suisse bestätigt, dass sie keine religiösen Tenues bei Mitar-

beitenden akzeptiert, die mit Kunden zu tun haben. Das gilt nicht nur für das Kopftuch, sondern auch für andere Kopfbedeckungen. Der Pressesprecher sieht darin keinen Widerspruch zum offiziellen Credo der Credit Suisse, Frauen und Minderheiten zu fördern.

«Die Mitarbeitenden treten während der Arbeitszeiten als Funktionsinhaber und nicht als Privatpersonen auf. Aus diesem Grunde gilt die Regel, dass bei Positionen mit direktem Kundenkontakt eine neutrale, konfessionslose Bekleidung ohne Kopfbedeckung jeglicher Art getragen werden muss.»

Bei Mitarbeiterinnen, die keinen Kontakt zu Kunden haben, gelte diese Regelung nicht.

Benan legte ihr Kopftuch für die Praktikumsstelle in einer Kita ab. Doch sie fühlte sich nicht wohl. «Es ist Teil meines Glaubens, ein Kopftuch zu tragen.» Im Koran gibt es mehrere Textstellen, welche die Verhüllung thematisieren. Gemäss Gläubigen geht sie auf Weisungen des Propheten Mohammed zurück.

Eine der Geschichten geht, salopp erzählt, so: Eine von Mohammeds Frauen wurde auf der Strasse von Männern belästigt. Eines Tages verhüllte sie Körper und Gesicht und wurde auf einmal respektiert und als Mensch behandelt. Da schickte Allah Mohammed die Nachricht, alle

seine Frauen sollten sich verhüllen, um sich zu schützen und nicht als sexuelle Objekte behandelt, sondern als Personen respektiert zu werden.

Das entspricht allerdings keinem expliziten Befehl, und Koranglehrte sind sich nicht einig, wie der Vers auszulegen ist. Auch Sohail Mirza, Präsident der Basler Muslimkommission, betont: «Keine Frau sollte zum Kopftuch gezwungen werden.» Ob eine Frau sich dazu entscheide, sei eine Sache zwischen ihr und Gott.

Das Kopftuch steht oft für Unterdrückung. Benan aber fühlt sich unterdrückt, wenn sie das Tuch nicht tragen darf.

Gemäss Bundesamt für Statistik sind fünf Prozent der Schweizer Bevölkerung muslimischen Glaubens, das sind 346 208 Personen ab 15 Jahren. In Basel sind es 13 900 Menschen. Nur ein Bruchteil der Musliminnen trägt Kopftuch. Leyla und Benan betonen: «Wir tun es freiwillig.» Als Mädchen trugen sie ihr Haar offen, irgendwann entschieden sie sich für das Kopftuch. Benans Schwester dagegen

trägt ihr Haar auch als Erwachsene noch offen. «Das ist kein Problem, niemand in unserer Familie kritisiert sie deswegen.»

Viele Schweizerinnen und Schweizer gehen vom Gegenteil aus. Sie denken, Musliminnen würden von ihren Vätern, Brüdern oder Ehemännern zum Kopftuch gezwungen. Sie sehen es als Zeichen der Unterdrückung – und beschimpfen Benan und Leyla auf der Strasse oder im Tram. «Dabei unterdrücken Schweizer uns, wenn sie uns sagen, dass wir das Kopftuch nicht tragen dürfen», sagt Benan. Sie kann die Vorurteile nicht verstehen: «Das Kopftuch schadet mir weder körperlich noch seelisch.»

Ablehnung «aus Prinzip»

Die Vorurteile dagegen schon: Sie verhindern, dass Leyla und Benan eine Lehrstelle finden. Sie müssen deshalb von der Sozialhilfe leben. «Das ist doch paradox», sagt Leyla. Viele Schweizer werfen Migranten vor, sie würden vom Sozialstaat profitieren und sich zu wenig integrieren. «Aber wenn wir uns integrieren wollen, legen sie uns Steine in den Weg.»

Woher kommen die Vorurteile? Andreas Tunger hat Antworten. Er ist Christ, Religionswissenschaftler und forscht an der Universität Luzern über islamische Kulturen in Westeuropa. Tunger sieht mehrere Gründe dafür, dass die Bevölke-

ANZEIGE



Mehr Weitsicht für Basel.

JETZT NEU:
BKB-Anlagelösung
Nachhaltig.
Ab CHF 10 000.–

Sie engagieren sich für ein besseres Morgen. Wir sorgen dafür, dass Ihr Geld in Unternehmen investiert wird, die soziale und ökologische Ziele verfolgen.

Alle Infos auf bkb.ch

 **Basler Kantonalbank**

rung beim Thema «Kopftuch» rotsieht. Erstens: «Viele verstehen die Gründe der Kopftuchträgerinnen nicht und haben auch keine Lust, sich damit auseinanderzusetzen.» Da ist es einfacher, das vielschichtige Phänomen «aus Prinzip» abzulehnen.

Zweitens: Es gibt die Ansicht, Kopftuch und Extremismus gehörten irgendwie zusammen. Das hat auch die TagesWoche-Recherche gezeigt. Eine Kleinunternehmerin sagte am Telefon: «Ich würde nie eine Frau mit Kopftuch einstellen. Die meisten Kopftuchträgerinnen sind Terroristinnen, das weiss man ja.» Für diesen Zusammenhang gibt es keinerlei Belege und er ist absurd: Wäre jede Frau mit Kopftuch eine Terroristin, hätten wir in Basel schon einige Bombenanschläge erlebt.

Tunger macht die Medien für die Vorurteile mitverantwortlich. «Die Medienlogik bevorzugt negative Themen wie Terrorismus oder Missstände. Wenn dann der Islam eine Rolle spielt, greifen die Redaktionen allzu rasch zum Foto einer verschleierten Frau, egal ob es sachlich passt oder nicht. Kein Wunder, dass die Leserinnen und Leser Schleier und Bomben zusammendenken.»

«Bei islamistischem Terror greifen Redaktionen allzu rasch zum Foto einer verschleierten Frau.»

Religionswissenschaftler
Andreas Tunger

Andererseits gibt es laut Andreas Tunger tatsächlich genügend muslimische Wortführer, die den Islam, und besonders gerne das Kopftuch, für politische Zwecke instrumentalisieren. «Viele Islamisten propagieren ein traditionalistisches Frauenbild, dem selbst unpolitische konservative Gläubige aktiv nichts entgegensetzen.»

Mal verboten, mal vorgeschrieben

Es gibt aber auch muslimische Frauenrechtlerinnen, die argumentieren, das Kopftuch sei ein Symbol der weiblichen Befreiung. Es ist eine Frage der Politik: Menschen beanspruchen Macht und nehmen dafür ein religiöses Symbol, um ihre Botschaft zu transportieren.

Dass es beim Kopftuch oft mehr um Macht als um Religion geht, zeigt beispielsweise der Iran. Seit den 1920er-Jahren kämpfen dort verschiedene politische Strömungen um die Vorherrschaft. Je nachdem, wer das Land regierte, wurde das Kopftuch abwechselnd verboten oder vorgeschrieben. Als Micheline Calmy-Rey 2008 als Aussenministerin den Iran besuchte, trug sie beim Treffen mit Präsident Ahmadinejad ein Kopftuch, was eine wo-

chenlange Mediendebatte nach sich zog. Calmy-Rey stellte sich dabei auf den Standpunkt, alleine aufgrund des Tragens eines Kopftuches werde man noch nicht zu einer unterdrückten Frau.

Schweizer Politiker benutzen die verschleierte Frau gern als Symbol für ihre Politik. So machte die SVP mit dem Bild einer verhüllten Muslimin Stimmung gegen die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration.

Unter all dem leiden die Frauen. Je nach politischer Botschaft diejenigen, die ein Kopftuch tragen wollen, oder diejenigen, die keines tragen wollen.

Häufig geht es aber beim Kopftuchstreit tatsächlich um die Religion. So sagt Wissenschaftler Tunger: «Hinter den Vorurteilen steckt oft die persönliche Unsicherheit in Sachen Religion.»

Eine Schweizer Tradition

Die Kirche verliert in der Schweiz an Bedeutung. Vielen Menschen sind die klaren religiösen Verhältnisse ihrer Kindheit abhandengekommen. Das Kopftuch oder auch das muslimische Ritualgebet symbolisiert für sie diese vermeintliche Klarheit. Doch statt dies anzuerkennen, lehnen sie ab, wonach sie sich womöglich sehnen. Sie verwandeln das Unbehagen gegenüber religiösen Situationen in Ablehnung des «fremden» Glaubens.

Dabei hat das Kopftuch auch in der Schweiz Tradition. Bis vor hundert Jahren bedeckten Christinnen hierzulande ihr Haar. Nonnen in gewissen Orden tragen noch heute Schleier oder Haube, ebenso wie einige Frauen bei der Hochzeit oder beim Kirchenbesuch auf dem Land. Eine Christin galt lange nur als ehrbar, wenn sie ihren Kopf bedeckte, wie Hilke Jabbarian in ihrem Buch «Der Schleier in der Religions- und Kulturgeschichte» schreibt.

Als wichtigste Bibelstelle gilt der Korintherbrief des Apostels Paulus, er soll ihn um 55 nach Christus geschrieben haben. Junge Frauen hatten sich der Tradition widersetzt und ihr Kopftuch abgelegt, worauf Paulus sie ermahnte. Sein Argument: Die Frau ist dem Mann untertan.

«Jede Frau, die mit unverhülltem Haupt betet [...], schändet ihr Haupt. [...] Denn ein Mann braucht sich zwar nicht das Haupt zu verhüllen, weil er ein Bild und Abglanz Gottes ist; die Frau aber ist ein Abglanz [des] Mannes. Denn nicht stammt [der] Mann aus [der] Frau, sondern [die] Frau aus [dem] Mann. Denn [der] Mann wurde auch nicht um der Frau willen geschaffen, sondern [die] Frau um des Mannes willen. Daher soll die Frau eine Macht auf dem Haupt haben [...].»

Christen streiten sich, wie das zu verstehen sei. Es gibt heute noch Frauen, die ihr Haar bedecken, wenn sie eine Audienz beim Papst im Vatikan haben – so wie Melania und Ivanka Trump und vor ihnen Michelle Obama. Das bedeutet nicht, dass alle Christinnen unterdrückt werden. Es kommt immer darauf an, wie

man den Glauben interpretiert. Und eben: Wie man das macht, ist in der Schweiz je länger, je mehr Privatsache.

Und gerade das macht es so schwierig, über den Glauben zu reden. Das geht auch mir so, wie ich bei dieser Recherche merkte. Wenn ich mit Musliminnen sprach, fürchtete ich manchmal, zu weit zu gehen. Also fragte ich: Ist es unanständig, eine Muslimin zu fragen, warum sie das Kopftuch nicht einfach ablegt? «Nein, ist es nicht», fanden die Frauen. Und erklärten mir ihren Glauben.

Der direkte Kontakt ist oft der beste: Was man kennt, fürchtet man weniger. Das zeigt auch das Beispiel eines kleinen Basler Betriebs. Eine der Mitarbeitenden dort trägt seit einiger Zeit ein Kopftuch. Die Chefin war am Anfang skeptisch, «wegen der Schweizer Kunden und auch wegen des Terrorismus». Dennoch gab sie ihrer Angestellten grünes Licht: «Ich kenne sie ja, und weiss, dass sie ein guter Mensch und eine gute Mitarbeiterin ist.»

Junge Musliminnen überlegen sich oft lange, ob sie das Kopftuch tragen wollen – gerade wegen der absehbaren Nachteile.

Die TagesWoche hat den Betrieb besucht und wollte die ganze Geschichte erzählen. Doch kurz vor Veröffentlichung machte die Muslimin einen Rückzieher. Sie fühle sich unwohl, in der Öffentlichkeit zu stehen. Sie werde jetzt schon wegen ihres Kopftuchs beschimpft. «Man weiss nie, wie die Leute reagieren.»

Die Suche geht weiter

Junge Musliminnen, das zeigt diese Recherche, überlegen sich meistens lange, ob sie das Kopftuch tragen wollen – gerade wegen der absehbaren Nachteile.

Für Benan und Leyla geht die Suche nach einer Lehrstelle weiter. Immerhin, es gibt klitzekleine gute Neuigkeiten. Leyla hat ein Praktikum in einer Schule gefunden, Benan hilft vorübergehend in einer Kita aus. Nebenbei schreiben sie weiterhin Bewerbungen. Und versuchen, alles richtig zu machen. Damit irgendwann ein Arbeitgeber die Qualitäten unter dem Kopftuch erkennt. x

* Namen geändert



Ein Kopftuch allein macht sie nicht zur unterdrückten Frau: Calmy-Rey 2008 im Iran.

FOTO: KEYSTONE



Zum Papst mit Schleier: Ivanka und Melania Trump im Vatikan.

FOTO: KEYSTONE



Charme, Direktkontakt und ein «Flascherl Wein» – so will Uli Künzer nörgelnde Nachbarn besänftigen.

FOTO: HANS-JÖRG WALTER

Gastronomie

Ein Wirt kämpft schon kurz nach der Eröffnung seines «Beisls» mit Lärmklagen aus der Nachbarschaft. Er hofft, den Streit auf seine eigene Weise beilegen zu können.

Mit Wiener Schmäh gegen Basler Stänkerei

von Matthias Oppliger

Grüss Gott meine Herrschaften, Sie haben nun österreichisches Hoheitsgebiet betreten. Also wundern Sie sich nicht über diverse Dinge.» Wir wundern uns vor allem über die Gastfreundschaft. Nicht in jeder Basler Beiz fällt die Begrüssung derart herzlich aus. Wer das «Wiener Beisl» betritt, wird von Wirt Uli Künzer mit Handschlag begrüsst. «Ich bin der Uli, willkommen.»

Mitte Juli hat er das Restaurant am Erasmusplatz übernommen, zuvor war dort viele Jahre das «zem Stänzler» beheimatet. Eine Beiz, in die ausser ein paar Stammgästen kaum jemand einen Fuss gesetzt hat. Doch Uli hat den Laden entstaubt und bietet nun gemeinsam mit seiner Frau Gisi typisch österreichische Küche an.

«Herren Toast mit Spiegelei», «Paradeisersupp (böhmisch)» und natürlich das «Original Wiener Schnitzel mit Erdäpfelsalat, frittiertes Petersilie und Zitrone» sind nur einige der Posten auf seiner Speisekarte. «Wir sind das einzige, rein österreichische Restaurant der Stadt», sagt Uli stolz. Damit kommt der Wirt anscheinend an: Obwohl die deftige Küche nicht direkt sommertauglich ist, läuft das Lokal nach knapp einem Monat besser, als es erwartet hätte.

Reklamation aus der Anonymität

Kulinarisch steht im «Wiener Beisl» alles zum Besten und Kundschaft hat es auch. Ärger gibts dafür mit Leuten aus der Nachbarschaft. Es dauerte nämlich nicht lange, bis der launige Wiener Bekanntheit machte mit einer gutbaslerischen Eigenheit: anonymen Lärmklagen. In den Fenstern zur Strasse hin hat er drei Briefe aufgehängt. So, dass man sie von aussen gut lesen kann.

Beim ersten Brief handelt es sich um ein Schreiben ohne Absender. Drei «lärmgeplagte Mietparteien» wenden sich darin an den Wirt, der mit seinem Gartenrestaurant immer wieder Ruhestörung «betreibt». Konkret beziehen sich die Absender auf einen Abend Anfang August, als der Lärm aus dem Restaurant noch um Mitternacht «gut zu hören» gewesen sei. Der Brief sei als «erste und letzte Reklamation» zu verstehen. «Bei der nächsten Ruhestörung werden wir die Polizei anrufen und eine Lärmklage erheben», drohen die anonymen Nachbarn zum Schluss.

Daneben hat Uli eine selbst verfasste «Gegendarstellung» aufgehängt, weil eine direkte Antwort auf die anonymen Vorwürfe logischerweise nicht möglich war. Er schlägt den Beschwerdeführern vor, sich mal «auf ein Flascherl Wein» zu treffen. Miteinander zu reden sei doch besser, als «ungerechtfertigte Anzeigen zu machen». An besagtem Abend habe er sein Lokal um viertel nach elf geschlossen, also dreiviertel Stunden vor der angeblich durch ihn verursachten Ruhestörung.

Rückendeckung erhält Uli von einem weiteren Briefeschreiber. Ein Anwohner und Stammgast wendet sich mit unmissverständlichen Worten an die anonymen Kläger: «Sie alle sind schon einen Monat nach Eröffnung auf dem Kriegspfad? Ohne mit dem Wirt zusammen zu sitzen und ihre Anliegen vorzutragen und vielleicht gemeinsam eine Lösung zu finden? Nein, sie sind feige und schreiben anonyme Briefe und äussern sogar Drohungen. Ich sage: Pfui. Schämen sie sich.»

«Wir Wiener regeln solche Dinge auf unsere Weise, ohne Polizei und Paragrafen.»

Mit den allermeisten Nachbarn habe er ein gutes Verhältnis, sagt Uli. Hier ein netter Spruch, da ein «Flascherl Wein», der Gastronom hofft, den Konflikt mit seiner charmant-direkten Art regeln zu können. «Wir Wiener regeln solche Dinge auf unsere Weise, ohne Polizei und Paragrafen.»

Als grösstes Hindernis könnte sich für Beizer Uli trotzdem ein Paragraf

beziehungsweise ein Richterspruch erweisen. 2004 hat nämlich die Baurekurskommission entschieden, dass die damaligen Wirte des «Stänzler» die Gartenwirtschaft im Innenhof nur bis 20 Uhr betreiben dürfen, danach müssten Service und Inkasso abgeschlossen sein. Eine Regelung, die den Betrieb des Aussenbereichs faktisch verunmöglicht. Welcher Gast will schon mitten im Hauptgang seinen Teller nach innen tragen.

Bei Ämtern und Richtern wird Uli kaum mit Wiener Schmähen punkten können, deshalb hat er sich bei einem Freund juristische Unterstützung geholt. Sein Ziel: eine neue Verfügung für den Aussenbereich. Es gehe ihm nicht mal darum, seine Gäste bis 22 Uhr draussen bewirten zu dürfen. «Ich will bloss, dass meine Gäste ihr Abendessen auf der Terrasse in Ruhe beenden können.»

Er ist guten Mutes, dass sich die Streitigkeiten bald in Luft auflösen und er mit seinen Nachbarn zusammen im «Wiener Beisl» eine gute Zeit haben wird.

Und für unverbesserliche Stänkerer hat Uli noch einen Spruch parat: «Ein kleiner Tipp. Für manche ein bisschen früher, für andere dauerts noch ein wenig. Am Hörnle wirds dann sehr ruhig. Für immer.» x

ANZEIGE

MAMMOGRAFIE-SCREENING KANTON BASEL-STADT



Besser leben durch Krebs-Früherkennung

Der Kanton Basel-Stadt ermöglicht allen Frauen ab dem 50. Lebensjahr, am **Programm zur Brustkrebs-Früherkennung** freiwillig teilzunehmen.

Wir können Brustkrebs nicht verhindern – aber wir können ihn gemeinsam mit den Basler Radiologen durch Mammografie frühzeitig entdecken.

Es ist Ihre persönliche Entscheidung, an diesem Programm teilzunehmen. Besprechen Sie Ihre Entscheidung in Ihrer Familie und/oder mit Ihrem Arzt.

Wir freuen uns auf Ihren Anruf unter Tel. 061 319 91 70 für eine Terminvereinbarung im Programmzentrum.

Mammografie-Screening Kanton Basel-Stadt
Mittlere Strasse 35 | 4056 Basel | Telefon 061 319 91 70
Fax 061 319 91 79 | info@mammografiescreeningbasel.ch
www.mammografiescreeningbasel.ch

Datenvergehen**Basler Polizei
gerät erneut in
die Kritik**

von Renato Beck

Die Verunsicherung im Basler Polizeikorps ist gross. Nach dem Wirbel um den Sicherheitsassistenten Y.S., der ohne rechtliche Grundlage Personen- und Fahndungsdaten abgefragt haben soll, stehen die Polizisten unter verschärfter Beobachtung. Ihre Zugriffe auf die umfassenden Datenbanken werden überwacht, Vergehen geahndet.

Die Staatsanwaltschaft bestätigt Informationen der TagesWoche, wonach die internen Ermittler nach dem Fall Y.S. wieder fündig geworden sind. Gleich zwei Strafuntersuchungen wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch und Amtsgeheimnisverletzung sind derzeit in Gang. Eine Polizistin wurde Mitte Mai wegen Datenvergehen vom Dienst suspendiert, ein zweiter Polizist Mitte Juli.

Um weitere Rechtsfälle zu vermeiden, arbeitet die Leitung der Kantonspolizei derzeit an einer Schulung zum Umgang mit sensiblen Daten. In den nächsten Wochen soll jeder Mitarbeitende der Polizei diese Schulung durchlaufen müssen, erklärt das Justiz- und Sicherheitsdepartement auf Anfrage. ×

Sans-Papiers**Dürr will
Bundesgesetz
ändern**

von Renato Beck

In den letzten fünf Jahren sind laut dem Basler Sicherheitsdirektor Baschi Dürr 17 Härtefall-Gesuche eingegangen von Menschen, die jahrelang ohne gültige Papiere in der Schweiz gelebt haben. Die Härtefallkommission habe sämtliche Gesuche gegenüber dem Bund zur Annahme empfohlen, erklärt Dürr in einer Antwort auf eine Petition des Solidarnetzes Region Basel.

Dürr äussert sich auch zu einer absurden Gesetzeskollision: Wer als Härtefall anerkannt wird, gerät in die Mühlen der Strafjustiz. Auf Meldung des Migrationsamts ermittelt nach der Legalisierung die Staatsanwaltschaft wegen des jahrelangen illegalen Aufenthalts. Dürr sagt, es sei nicht möglich, diese Delikte nicht zu verfolgen, da es sich um Officialdelikte handelt (andere Kantone sind da kulanter). Er spricht aber von einem «sachlogischen Widerspruch» und schlägt eine Regelung vor, die, analog zur Steueramnestie, eine Strafbefreiung im Fall der Anerkennung als Härtefall vorsieht. Dürr will den Vorschlag beim Bund einreichen.

In der Schweiz leben nach Schätzungen über 100 000 Sans-Papiers. ×

Halt der Woche**Abstützhilfe
für Velofahrer**

von Tino Bruni

Praktisch ist es schon: Statt sich beim Warten an der Kreuzung auf den Fuss zu stellen, hält sich der Velofahrer an einem eigens angebrachten Geländer. Zwei solche Abstützhilfen hat der Kanton Baselland nun versuchsweise installiert und er lässt sich das 12 000 Franken kosten. Das scheint viel Geld für ein paar Stangen bei zwei Kreuzungen, gerade wenn man bedenkt, wie es um die Finanzen im Baselbiet steht. Was uns dazu einfällt: Die Hand ausstrecken und sich festhalten, um nicht auf eigenen Füissen stehen zu müssen, das ist im Baselbiet eine bewährte Methode. ×

Gesehen von Tom Künzli

Tom Künzli ist als Illustrator für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften tätig. Der 43-Jährige wohnt in Bern.

Wohnungsmarkt

Nur 0,5 Prozent der Wohnungen stehen leer

von Dominique Spirgi

Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt wächst wieder an. Und das so schnell, dass es auf dem Wohnungsmarkt zu argen Engpässen gekommen ist. In den letzten zwölf Monaten hat sich die Situation aber leicht entspannt, wie das Statistische Amt mitteilt. Konkret ist der Anteil leerer Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand von 0,4 auf 0,5 Prozent minim angestiegen.

Die Bevölkerungszahl hat seit der letzten Leerstandserhebung vor einem Jahr

um rund 600 Personen zugenommen. Im selben Zeitraum gelangten 330 neue Wohnungen auf den Markt. Geht man wie die Statistiker davon aus, dass eine Wohnung im Schnitt von zwei Personen bewohnt wird, lässt sich daraus schliessen, dass sich der Wohnungsmarkt erholen konnte.

Von Entspannung könne keine Rede sein, findet indes der Mieterinnen- und Mieterverband (MV). «Mit 0,5 Prozent Leerstandsquote herrscht Wohnungsnot, wie schon seit Jahren», schreibt der Verband in Reaktion auf die statistischen Angaben. Die Regierung wolle mit dieser Statistik den Wohnungsmarkt schönfärben.

Der MV äussert sich überdies kritisch zur Mietpreisentwicklung. So sind die Mieten in Basel im letzten Jahr um 1,5 Prozent angestiegen. Und das obschon die allgemeine Teuerung lediglich 0,4 Prozent betrug und zudem der erneut gesunkene Hypo-Referenzzinssatz eigentlich zu einer Senkung der Mieten um 2,91 Prozent berechtigten würde. ×

Buvette Brand&Brändli

Bestohlen und unbewilligt

von Samuel Rink

Die Buvette Brand&Brändli hatte keine gute Woche. Ein Dieb nutzte einen Moment der Unaufmerksamkeit um die Tageseinnahmen zu klauen. 5000 bis 6000 Franken hatten die Partygäste des Technoumzugs Beat-on-the-Street letzten Samstag in Pizzas investiert. Viel Geld für die zwei Monate alte Bude.

Die Pizzabäcker Isabell Olsson und Sebastian Freudenreich erhoben grosses Wehklagen auf Facebook und in der «Basler Zeitung». Damit handelten sich die beiden zusätzlich Probleme ein. Denn wie sich herausstellte, hatten sie für ihre Pizzabude an der Uferstrasse keine Baubewilligung beantragt. Doch dazu wollen sich die Betreiber nicht äussern.

Mitte Juni bauten die Betreiber das Piza-Take-Away auf. Das Bewilligungsgesuch hatte vorerst keine Priorität. Die Saison hatte schon begonnen und der Sommer ist kurz. Es musste Geld in die Kassen, darum sei die Administration liegen geblieben. Jetzt, rund zwei Monate später, liegt die Bewilligung noch immer nicht vor. Damit haben sich die Pizzabäcker in die Bredouille gebracht. «Bewilligungen für Produktionsräume eines Take-Away-Angebots müssen vorliegen, bevor der Betrieb aufgenommen wird», sagt Luzia Wigger, Leiterin des Bau- und Gastgewerbeinspektorats.

Welche Konsequenzen die fehlende Bewilligung für die Betreiber hat, kann Wigger noch nicht sagen, da jeder Fall sehr individuell zu beurteilen sei. Abklärungen

seien im Gang, die Folgen könnten un schön sein.

Die Entscheidung, die Bewilligungen erst später einzuholen, gründet nicht nur auf Zeitnot, sondern auch auf schlechtem Rat. Der Schirmherr des Areals, der Verein Shift Mode, sollte es eigentlich besser wissen. Nach diversen Projekten am Hafen beherrscht Shift Mode den Tanz mit den Behörden. Als Baurechtsnehmer muss der Verein jedes Bewilligungsgesuch mitunterzeichnen. Vor der Regierung steht Shift Mode in der Pflicht, einen unkontrollierten Wildwuchs zu verhindern.

Hoffen auf Goodwill

Eine Mitschuld an den Problemen der Junggastronomen weist Katja Reichenstein von Shift Mode indes zurück. Der Verein beharre in seinen Verträgen auf den nötigen Bewilligungen. Fehlen diese, ist das für Reichenstein noch kein Grund zu intervenieren: «Es liegt in der Natur von Zwischennutzung, dass die Arbeiten parallel laufen», sagt sie. Damit meint sie die Inbetriebnahme und das Beantragen von Bewilligungen. Es fehle meistens am Wichtigsten: Zeit und Geld.

Den Pizzabäckern bleibt, auf den Goodwill des Bau- und Gastgewerbeinspektorats zu hoffen. Die Profis von Shift Mode sind zuversichtlich, dass die Bewilligung nachträglich erteilt wird. «Bis jetzt wurden noch alle Projekte bei uns bewilligt», so Reichenstein. Shift Mode stehe hinter ihren Pizzabäckern. «Es ist eine echte Perle geworden.»

Selbst wenn dem so ist, bleibt die Kasse verschwunden. Brand&Brändli hat eine Anzeige eingereicht. Das Geld fehlt trotzdem. Darum starten die beiden eine Crowdfunding-Aktion, um mit Spendengeldern die nötigen Finanzmittel zusammenzutragen. Hier braucht das Team Erfolg. Sonst ist der Pizzaofen bei Brand&Brändli definitiv aus. ×

ANZEIGEN



MORGENKONZERTE
IM MUSIKERWOHNHAUS

Montag - Freitag
28.08. - 01.09.2017

jeweils 7:00 - 7:30 Uhr morgens
Kaffi & Gipfeli von 6:30 - 6:59 Uhr

mehr Infos: www.verein-musikerwohnhaus.ch



HIOB
INTERNATIONAL

Staatlich anerkanntes Hilfswerk

➤ **GRATISABHOLDIENST UND WARENANNAHME**
für Wiederverkäufliches

➤ **RÄUMUNGEN UND ENTSORGUNGEN**
zu fairen Preisen

Brockenstube Basel
Klybeckstr. 91, Tel. 061 683 23 60
www.hiob.ch, basel@hiob.ch

Weitere HIOB Brockenstube
Münchenstein, Birseckstr. 62
Tel. 061 411 89 88

WAHRE SCHATZTRUHE
Vielfältiges Angebot an Waren!

Zurück zur Beweglichkeit.

Die Reha Chrischona bietet Ihnen individuelle Therapieprogramme.
Rufen Sie uns an: 061 646 95 00
www.buespi.ch



Viel mehr als ein Spital

Bürgerspital Basel

Basel-Stadt und Region

Allschwil

Eigenmann, Hedwig, von Waldkirch/SG, 01.10.1923–16.08.2017, Muesmattweg 33, Allschwil, Trauerfeier und Beisetzung: Freitag, 01.09., 14.00 Uhr, Kapelle Friedhof Allschwil.

Singer, Rosmarie, von Salenstein/TG, 19.09.1944–20.08.2017, Felsenweg 38, Allschwil, Trauerfeier: Freitag, 25.08., 14.00 Uhr, Kapelle Friedhof Allschwil, Beisetzung im engsten Familienkreis.

Basel

Altermatt, Rolf Josef, von Nunningen/SO, 29.04.1957–17.08.2017, Frobenstr. 64, Basel, wurde bestattet.

Bänziger-Lüthi, Werner, von Lutzenberg/AR, 28.12.1925–15.08.2017, Hirzbrunnenstr. 112, Basel, wurde bestattet.

Bolliger-Roth, Alice Margrit, von Basel/BS, 11.09.1936–15.08.2017, Klingentalstr. 58, Basel, wurde bestattet.

Borsos-Kocher, Eveline, von Basel/BS, 12.07.1942–13.08.2017, Mülhauserstr. 35, Basel, wurde bestattet.

Burkhardt, René Werner, von Basel/BS, 30.09.1950–09.08.2017, Feierabendstr. 1, Basel, wurde bestattet.

Christen, Roland Orlando, von Dürrenroth/BE, 09.09.1935–01.07.2017, Falkensteinerstr. 30, Basel, wurde bestattet.

de Minico-Petitto-Petitto, Ciriaco, aus Italien, 08.01.1934–22.08.2017, Schützenmattstr. 43, Basel, Trauerfeier: Freitag, 25.08., 13.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Dubach-Spiess, Ulrich, von Trachselwald/BE, 20.07.1938–16.08.2017, Im Ettingerhof 2, Basel, wurde bestattet.

Fasana-Schraner, Gertrud Lilian, von Sagno/TI, 18.12.1934–17.08.2017, Horburgstr. 54, Basel, Trauer-

feier: Montag, 28.08., 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Gächter-Cenci, Rosina Mariavirginia, von Oberriet/SG, 11.09.1916–20.08.2017, Mülhauserstr. 35, Basel, Trauerfeier im engsten Kreis.

Genuardi-Manco, Francesco, von Basel/BS, 02.02.1943–16.08.2017, Liesbergerstr. 23, Basel, wurde bestattet.

Gosteli-Ott, Louise Dorothea, von Basel/BS, 04.07.1930–11.08.2017, Im Burgfelderhof 30, Basel, Trauerfeier: Freitag, 25.08., 11.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Graf, Elisabeth, von Luterbach/SO, 24.01.1945–13.08.2017, Gartenstr. 99, Basel, wurde bestattet.

Graf, Ruth Cornelia, von Basel/BS, 21.03.1929–11.08.2017, Bruderholzallee 162, Basel, wurde bestattet.

Grossenbacher, Marcel, von Trachselwald/BE, 16.07.1933–19.08.2017, Im Rankhof 10, Basel, Trauerfeier: Mittwoch, 30.08.2017, 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Jenni, Roger, von Escholzmatt/LU, 24.12.1955–15.08.2017, Kohlenberggasse 20, Basel, wurde bestattet.

Jutzi, Brigitte, von Basel/BS, 18.02.1952–21.08.2017, Farnsbürgerstr. 16, Basel, Trauerfeier im engsten Kreis.

Kastrati-Ramushi, Sadber, von Basel/BS, 15.02.1968–20.08.2017, Riehenring 171, Basel, wurde bestattet.

Kirchhofer, Reinhold Susanna, von Trachselwald/BE, 03.06.1938–19.08.2017, Bruderholzweg 21, Basel, wurde bestattet.

Kunz-Valota, Adolf Eugen, von Basel/BS, 17.09.1926–16.08.2017, Flughafenstr. 6, Basel, wurde bestattet.

Laukemann-Künzi, Elfrieda Emma, von Basel/BS, 14.05.1930–30.07.2017, Hammerstr. 161, Basel,

Trauerfeier: Freitag, 25.08., 15.30 Uhr, Neuapostolische Kirche Basel.

Lauper, Heinz Rudolf, von Seedorf/BE, 28.11.1921–16.08.2017, Wiesendamm 20, Basel, wurde bestattet.

Lötscher-Bertold, Elisabeth, von Basel/BS, 13.08.1924–11.08.2017, Kohlenberggasse 20, Basel, wurde bestattet.

Maschek-Meier, Frida Berta, von Thun/BE, 22.08.1922–12.08.2017, Sempacherstr. 47, Basel, Trauerfeier: Freitag, 25.08., 10.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Meisel-Weisskopf, Martha, von Basel/BS, 20.12.1943–19.08.2017, Zeglingerweg 7, Basel, Trauerfeier: Dienstag, 29.08., 14.30 Uhr, Friedhof am Hörnli.

Missuk-Borner, Sophie Karin, von Rickenbach/SO, 24.02.1968–24.06.2017, Näfelerstr. 23, Basel, wurde bestattet.

Niederhauser, Rosalie, von Therwil/BL, 11.12.1932–14.08.2017, Allschwilerplatz 9, Basel, wurde bestattet.

Oetterli, Remo Maximilian, von Wikon/LU, 11.05.1958–07.08.2017, Klybeckstr. 44, Basel, wurde bestattet.

Rudin-Rudin, Ernst, von Basel/BS, 18.03.1934–14.08.2017, Utengasse 48, Basel, Trauerfeier: Dienstag, 29.08., 09.30 Uhr, Theodorskirche, Theodorskirchplatz.

Schales-Binggeli, Heinz Manfred, aus Deutschland, 30.07.1931–10.08.2017, St. Alban-Talstr. 17, Basel, wurde bestattet.

Schönholzer, Rudolf Herbert, von Bürglen/TG, 26.09.1951–19.08.2017, Müllheimerstr. 97, Basel, wurde bestattet.

Schwalm-Zehntner, Adèle Jaqueline, von Basel/BS, 27.11.1925–06.08.2017, St. Johannis-Ring 122, Basel, wurde bestattet.

Schwander-Della Chiesa, Gertrud, von Basel/BS, 27.10.1925–16.08.2017, Holeest. 119, Basel, wurde bestattet.

Seeberger-Engel, Magdalena, von Lupfig/AG, 19.04.1936–22.08.2017, Kleinhünigeranlage 40, Basel, wurde bestattet.

Strub-Berner, Frieda, von Rupperswil, 04.11.1928–17.08.2017, Zürcherstr. 143, Basel, wurde bestattet.

Tamer-Bloch, Esther Elisabeth, von Therwil/BL, 22.06.1946–06.08.2017, Bruderholzweg 21, Basel, wurde bestattet.

Utz-Göpf, Frieda, von Sumiswald/BE, 29.02.1932–17.08.2017, Burgfelderstr. 188, Basel, wurde bestattet.

Wagner, Charles, von Zunzgen/BL, 24.02.1935–18.08.2017, Müllheimerstr. 58, Basel, wurde bestattet.

Wälde, Verena, aus Deutschland, 11.03.1927–19.08.2017, Mittlere Str. 15, Basel, Trauerfeier im engsten Kreis.

Weber-Rüttimann, Elke, von Basel/BS, 01.09.1944–11.08.2017, Holeest. 157, Basel, wurde bestattet.

Zuber-Aeberli, Achille Max, von Basel/BS, Solothurn/SO, 18.11.1929–10.08.2017, Holeest. 119, Basel, wurde bestattet.

Frenkendorf

Ritter-Martin, Irma Rösli, von Frenkendorf/BL, 14.05.1924–19.08.2017, Eben-Ezerweg 50, Frenkendorf, Urnenbeisetzung: Freitag, 01.09., 14.15 Uhr, Friedhof Aussere Egg, Frenkendorf.

Liestal

Peter-Himmel, Gottfried Emil, von Muttentz/BL, Zürich/ZH, 08.02.1924–07.08.2017, Pflegezentrum Brunnmatt, Liestal, Beisetzung findet im

engeren Familien- und Freundeskreis statt.

Münchenstein

Rahm-Elsner, Hans, von Muttentz/BL, Hallau/SH, 13.05.1941–17.08.2017, Loogstr. 8, Münchenstein, Abschied im engsten Familienkreis.

Muttenz

Ehret-Barozzi, Wilhelm Friedrich, von Muttentz/BL, 21.01.1938–13.08.2017, Tramstr. 87, Muttenz, wurde bestattet.

Reinach

Gyamfi, Queen Miracle, von Buchholterberg/BE, 04.07.2017–18.07.2017, Aumattstrasse 88, Reinach, Trauerfeier: Freitag, 25.08., 16.00 Uhr, New International Church, Birsfelden.

Lehmann, Ernst, von Zofingen/AG, 07.04.1925–12.08.2017, Aumattstrasse 79, Reinach, wurde bestattet.

Riehen

Grisard-Schrafl, Gustav Erik, von Basel BS, Riehen/BS, 31.12.1931–28.07.2017, Am Ausserberg 67, Riehen, Trauerfeier: Freitag, 25.08., 15.00 Uhr, Dorfkirche Riehen.

Tschudin-Haemmerli, Edith Henriette Alice, von Basel/BS, Genève/GE, 30.01.1940–14.08.2017, Wasserstelzenweg 95, Riehen, wurde bestattet.

laufend aktualisiert:
tageswoche.ch/todesanzeigen

Ein SVP-Politiker postet Fotos von toten Kindern, ein anderer faselt von «Negern». Dafür findet unser Kolumnist deutliche Worte und gerät dadurch selber in die Kritik.

“

Wenn ich die letzten Tage aus meinem (Browser-)Fenster guckte, erblickte ich öfters einen aufgebracht Mob mit Mistgabeln und Fackeln. Was klingt wie eine mittelalterliche Szene aus einem Geschichtsbuch, ist in Tat und Wahrheit eine immer aktuelle Szene auf meinem Gesichtsbuch (Facebook – ich habe ein Wortspiel erklärt).

Mein Vergehen diesmal: Ich bin einem SVP-Jungpolitiker aus dem Berner Oberland an den Karren gefahren. Dieser Mann hat mit dem Foto eines Stunden zuvor in Barcelona von Attentätern überfahrenen Kindes Werbung für seine asoziale Politik gemacht. Ich hab den Mann daraufhin einen Hurensohn genannt. Zugegeben: nicht die feine englische Art.

Natürlich haben alle betroffenen Hunde gebellt und es hagelte Drohungen und Beschimpfungen von Rechten, Wutbürgern und Nazis. Dazu gesellten sich für einmal auch etliche Gutbürger und Gutmenschen, die fanden, dass ich mich mit meiner Ausdrucksweise auf das Niveau der Hetzer herunterlasse. Der Grossteil der Sich-Empörenden waren übrigens weisse Männer, deren Einschätzung meines Niveaus mir fragwürdiger erscheint als meine Ausdrucksweise.

Wenn SVP-Politiker Erich Hess von «Negern» faselt, ist es angebracht, sich zu empören und unerhört zu werden.

Erstens ist der Ausdruck Hurensohn längst entzaubert und hat etwa gleich viel mit einer Mutter zu tun wie das «huere geil» mit einer geilen Hure – das Wort wird im Rap-Jargon und in meinem Milieu verwendet wie in der amerikanischen Umgangssprache das Wort «Motherfucker».

Zweitens: Wenn in den USA Neonazis und anderes Gesindel Hitlers Gedanken gut durch die Strassen proleten dürfen und SVP-Politiker Erich Hess im Berner Stadtparlament ungestört von «Negern» faselt, dann ist es angebracht, sich zu empören und dabei unerhört zu werden. Besser als ungehört.



Knackeboul ist Rapper, Beatboxer und Publizist.

Das dem SVP-Honk hingeschmettete Hurensohn ist ein Ausdruck der Wut auf ein menschenverachtendes Verhalten (Foto von totem Kind posten), währenddessen Nazi-Aufmärsche und Hess' «Neger» die Verharmlosung bis Verherrlichung eines Gedankengutes darstellen, das schon Millionen Menschen das Leben kostete.

Deshalb hier, als Reaktion auf diese heuchlerische Empörung, eine Liste von neun Dingen, die schlimmer sind, als einen Politiker, der Bilder toter Kinder für seine ausländerfeindliche Propaganda missbraucht, einen Hurensohn zu nennen.

1. Fotos von toten Kindern für ausländerfeindliche Propaganda missbrauchen.

Nur ein Charakterlump postet das Bild eines überfahrenen Kindes, um seine menschenverachtende Politik zu promoten. Er verhöhnt damit das Opfer, seine Angehörigen und beeinträchtigt die Arbeit der Polizei. Ja, Linke und Gutmenschen haben vor zwei Jahren das Bild des ertrunkenen Flüchtlingsjungen Aylan gepostet. Auch das fand ich problematisch. Trotzdem – die Aussage hinter den Populisten-Posts ist: «Schaut, was passiert, wenn wir dieses Pack nach Europa lassen!» Die Aussage hinter den Posts mit dem Flüchtlingsjungen war: «Das passiert, wenn Europa keine Hilfe leistet in der humanitären Katastrophe, die sich an unseren Grenzen ereignet.»

2. Afrikanische Mitmenschen «Neger» nennen.

Erich Hess, der sich Nationalrat nennen darf, hat das neulich im Berner Stadtparlament sagen dürfen. Während ich finde, dass er dafür sofort hätte des Amtes enthoben werden sollen, wurde er nicht einmal zur Rede gestellt.

3. Drogendealer vor der Reithalle schlimmer finden als einen National-

rat, der afrikanische Mitbürger «Neger» nennt.

Wer nicht begreifen will, warum das Wort Neger immer – und vor allem wenn von Weissen ausgesprochen – problematisch ist, begreift auch nicht, dass Drogen und somit Drogenhandel gesellschaftliche Realitäten sind, die man nüchtern und aufgeklärt angehen muss. Man kann das nicht dem schwarzen Mann in die Schuhe schieben.

4. Nazi-Ideologie verherrlichen durch das Tragen von deren Symbolen, das Besuchen von Nazi-Grabstätten oder von rechtsradikalen Konzerten.

Wer das tut, verhöhnt die Opfer des Holocaust und hat es nicht verdient, dass man auf ihn eingeht oder seine Meinung toleriert.

5. Naziaufmärsche als unproblematisch darstellen, weil ja niemand zu Schaden gekommen sei.

Ein Naziaufmarsch ist immer ein schädlicher Akt. Eine wache Gesellschaft stellt sich ihm entschieden entgegen.

6. Eine unmenschliche Flüchtlingspolitik betreiben und sich über die Kürzung von Budgets für Flüchtlingskinder freuen.

Die Menschen, die die lebensgefährlichen Strapazen einer Flucht auf sich nehmen, tun dies als letzte Option und aus purer Verzweiflung. Wer etwas anderes behauptet, kennt keine Flüchtlinge und hat sich nicht mit dem Thema auseinandergesetzt. Wer das Leid dieser Menschen für politische Vorstösse missbraucht, hat Hurensohn-Potenzial.

7. Diese Politik wählen und sich mitschuldig machen am Tod Tausender ertrunkener Flüchtenden.

8. Ein Schiff organisieren, um in Lebensgefahr schwebende Flüchtende zu schikanieren.

So geschehen letzten Monat durch die Identitäre Bewegung – ein grausiger Haufen europäischer Nationalisten im Hipster-Kleid.

9. Das Schiff per Crowd-Funding-Kampagne mitfinanzieren.

Ein erschreckend grosser Teil der gespendeten Gelder für das Nazi-Schiff kam aus der Schweiz.

Das Schiff geriet dann übrigens in Seenot und musste von einer NGO, die sich sonst des Leids der Flüchtenden annimmt, gerettet werden. x

”

Vorstösse für mehr politische Mitsprache von Ausländern haben es schwer – dabei könnte sie viele Personalsorgen lindern.

Stimmen ohne roten Pass

von Georg Kreis

Im Moment steht weit und breit keine Vorlage zur Einführung eines wie auch immer gearteten Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer an. Ende Juni hatte das Solothurner Kantonsparlament noch über ein Projekt zu entscheiden, das den Gemeinden die Autonomie geben wollte, Ausländern mit Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren. Im Solothurner Fall wäre es um 16 Prozent der Wohnbevölkerung gegangen.

Dieses Ansinnen hatte wie schon ähnliche Vorstösse 1997 und 2005 keine Chance: Die Regierung war zwar dafür, eine hauptsächlich von SVP und FDP getragene Mehrheit von 55:39 war aber dagegen.

Bürgerliche Befürworter mehrten sich

«Könnten Ausländer das Milizsystem retten?» Diese Schlagzeile der AZ-Medien vom 17. Mai 2017 hätte den Nein-Sagern ein Licht aufstecken können. Da wurde nämlich darauf hingewiesen, dass viele Gemeinden Mühe haben, genügend Personal für ihre Behörden zu finden. Baukommissionen, Sozialbehörden und Gemeinderäte würden seit Langem mit Rekrutierungsproblemen kämpfen. Daher rührt das wachsende Interesse am Einbezug von Nichtschweizern in die schweizerische Gemeindearbeit, also an kommunalpolitischen «Fremdarbeitern».

Völlig verstockt? In Wald (AR) gibt es nicht nur Viehschauen, sondern auch politische Mitsprache für Ausländer.

FOTO: KEYSTONE



Wer das nicht zulassen will, versteht das nicht als Ausdruck seiner Fremden-skepsis (um nicht Fremdenfeindlichkeit zu sagen), sondern verweist – allerdings ohne entsprechende Ermunterung – auf den ordentlichen Weg der Einbürgerung, die von den gleichen Kräften dann unnötig erschwert wird.

Es lässt sich belegen, dass Ausländerbeiräte (etwa in der Stadt Zürich) und ähnliche Gremien eine hohe Fluktuation haben, weil sich vor allem Nichtschweizer engagieren, die schon bald infolge von Einbürgerung Schweizer werden und darum nicht mehr als politisch aktive Ausländer mitgezählt werden können.

Bekanntlich leben über 800 000 Menschen in der Schweiz, welche die Voraussetzungen des Bundes für eine Einbürgerung (mindestens zwölf Jahre Wohnsitz) erfüllen, sich aber nicht einbürgern lassen. Daraus könnte man schliessen, dass das Interesse an politischer Partizipation gering ist und die Vorenthaltung politischer Rechte nicht wirklich weh tut. Das darf aber nicht die Schlussfolgerung sein.

Erstens gibt es auch unter den alleingesessenen Schweizern und Schweizerinnen solche, die sich nicht für aktive Mitwirkung in der Politik interessieren. Und zweitens sollte man das seit der Amerikanischen Revolution geltende Prinzip ernst nehmen, dass Steuerzahlende auch bei der Steuerverwendung ein Mitspracherecht haben sollten.

Nun mehrten sich auch in der Schweiz «gut bürgerliche» Stimmen, die dieses Postulat, das von der Linken seit Jahrzehnten immer wiedervorgebracht wird, ebenfalls befürworten. Bereits 2015 hatte sich die der Wirtschaft nahestehende Denkfabrik Avenir Suisse für das kommunale Ausländerstimmrecht starkgemacht.

Ihr damaliger Direktor, Gerhard Schwarz, einst Chef der NZZ-Wirtschaftsredaktion, erinnerte daran, dass es da auch um Leute gehe, die dieses Land oft mehr mitgestalten würden als so manche Staatsbürger: «Menschen, die mit ihren unternehmerischen Entscheiden, etwa für die Schaffung oder die Aufhebung von Arbeitsplätzen, ganze Regionen massiv beeinflussen können, dürfen nicht einmal mitentscheiden, ob nun in ihrer Gemeinde eine Umfahrungsstrasse gebaut oder das Schulhaus erweitert werden soll.»

Die jüngste Stimme dieser Art ist diejenige von Walter B. Kielholz, studierter Betriebswirtschaftler, ein Wirtschaftsfreisinniger nach traditionellem Muster, Versicherungs- und Bankmanager, ehemaliger Verwaltungsratspräsident der CS, seit 2009 Verwaltungsratspräsident von Swiss Re und in zahlreichen internationalen Institutionen tätig.

Kielholz macht sich in einer soeben erschienenen Schrift Sorgen wegen der zunehmend ungünstiger werdenden Zusammensetzung des Korpus der Stimmberechtigten. Ungünstiger werde diese, weil die über 65-Jährigen überhandnehmen und weil damit die Zahl der am Wirt-

schaftsleben aktiv Teilhabenden stets abnimmt. Die Schweiz werde zu einer Transferempfangergesellschaft. Das sei ein langfristiges Problem für den Wirtschafts-erfolg und gefährde den Wohlstand.

Sein Vorschlag: Man könne dem gegensteuern mit der Einführung eines Familienwahlrechts, mit dem weiteren Ausbau des kommunalen Ausländerstimmrechts und mit der Vereinfachung des Einbürgerungswesens. 76 Prozent der in der Schweiz lebenden Ausländer seien erwerbstätig, was deutlich über den 63 Prozent der Schweizer liege. Die Einführung eines Wahlrechts ab 18 Jahren für Ausländer würde das Elektorat um 24 Prozent erhöhen.

Das passive Wahlrecht für Ausländer würde eine breitere Auswahl bei der Besetzung politischer Ämter ermöglichen.

Der Wirtschaftsmann sieht in dieser Möglichkeit, die in den Ohren von Rechtsnationalen eine Horrorvision ist, eine wünschbare politische Vitalisierung, vielleicht sogar eine Notwendigkeit. Was man nicht auf Anhieb erkennt: Die Besserstellung der Ausländer durch die Einführung des passiven Wahlrechts brächte auch den Inländern Vorteile: Diese hätten nämlich eine breitere Auswahl in der Besetzung der politischen Ämter.

Die meisten wissen gar nicht, wie weit das kommunale Stimmrecht für Ausländer bereits gediehen ist – und mit Erfolg bereits praktiziert wird. Dieses ist in etwa einem Viertel der Gemeinden (rund 600 von rund 2300) in Kraft. Was auffällt: 575 der 600 Gemeinden liegen in der französischen Schweiz. Einmal mehr sieht man, dass die Romands gegenüber angeblich oder tatsächlich anderen Mitbewohnern offener sind.

Nachbarn aus Fleisch und Blut

Allerdings zeigte auch der dem konservativen Teil der Schweiz zugehörte Kanton Appenzell Ausserrhodens Reformbereitschaft. 1995 gab er den Gemeinden das Recht zu dieser Verbesserung. Und vier Gemeinden machten inzwischen davon Gebrauch. Warum war das möglich? Zwei Voraussetzungen scheinen dabei geholfen zu haben: Erstens die kleine Zahl der Ausländer, die in die «Gunst» der Reform kamen, und zweitens die direkte Bekanntschaft derjenigen, denen man das neue Recht gewährte.

Da ging es nicht mehr um die abstrakte Grösse «Ausländer», vor der man sich fürchten und die man sogar dämonisieren konnte; da ging es um einen Nachbarn aus Fleisch und Blut, den man kannte. Vor allem wenn diese Menschen aus Holland, Deutschland oder aus Australien stamm-

ten, unterschieden sich diese kaum von ebenfalls ins Appenzellische zugewanderten Zürchern.

1999 machte Wald (AR) als erste Deutschschweizer Gemeinde Gebrauch von der Möglichkeit, Ausländer auf Gemeindeebene mitbestimmen zu lassen. Wenn die nationale Rechte gegen die Besserstellung der Ausländer ist, macht dies Sinn, wenn man annimmt, dass Ausländer die Linke stärken würden. Dies würde wiederum Sinn machen, weil diese das Stimmrecht der Reformbereitschaft der Linken verdanken würden. Dankbarkeit gibt es aber keine in diesem Bereich.

Die Frauen verdanken das ihnen lange vorenthaltene Stimmrecht ebenfalls dem Engagement der Linken, ohne dass diese deswegen honoriert worden wäre. Aber gerade im Falle des Frauenstimmrechts zeigte sich, dass das Stimmrecht, das eigentlich grundsätzlich hätte behandelt werden sollen, stark von der Überlegung überschattet war, wem dies Vor- und Nachteile bringe.

Es gibt wissenschaftliche Analysen zu den Parteipräferenzen der schweizerischen Nichtschweizer. Diese dürften sich vor allem an gesamtschweizerischen Verhältnissen orientieren. Auf kommunaler Ebene mit ihren örtlichen Sachgeschäften würden Parteiunterscheidungen eine geringere Rolle spielen.

Basel hat die Minireform verpasst

Es bleibt hier kein Raum, auf alle Ergebnisse hinzuweisen. Nur eine Bestätigung: Die SVP erhielt bei einem (früheren) Wähleranteil von 26,6 Prozent nur 14,4 Prozent der Ausländerstimmen. Allerdings könnte sie unter Ausländern mittel- und osteuropäischer Herkunft beachtliche Stimmenanteile erzielen.

Basel-Stadt, der Stadtkanton, in dem es leichter ist oder wäre, fortschrittliche Lösungen durchzubringen, hat 2010 einen Vorschlag, der zehn Jahre Wohnsitz in der Schweiz vorsah und nur aktives Wahlrecht gewähren wollte, mit 61 Prozent abgelehnt. Dabei haben sich weniger als die Hälfte der in Basel lebenden Schweizer (49,4 Prozent) an diesem Wahlgang beteiligt!

Bei der Totalrevision der Kantonsverfassung von 2005 ist wegen der Mutlosigkeit der CVP die Chance für die Einführung des Ausländerstimmrechts verpasst worden. Man wollte mit einer solchen Minireform nicht das ganze Projekt der Verfassungsrevision gefährden. Dabei hatte die Appenzeller Reform von 1995 gezeigt, dass gerade Totalrevisionen Gelegenheit bieten, eine solche Teilrevision mitzunehmen.

Eine Stärke des ansonsten in mancher Hinsicht fragwürdigen Föderalismus würde darin liegen, dass in einzelnen Teilen der Schweiz quasi als Experiment Reformen gewagt werden können. Schön wäre, wenn andere Teile dann auch hinschauen würden und feststellen könnten, dass sich solche Verbesserungen bewähren. ×

Online



tageswoche.ch/
themen/
Georg Kreis



Nicht alle Frauen profitieren von 70 Franken mehr AHV.

FOTO: HANS-JÖRG WALTER

AHV

Welche Auswirkungen haben die neuen Regeln in der Altersvorsorge für Frauen? Wir haben nachgerechnet.

Das bringt die Rentenreform den Frauen

von Andrea Fopp

Für die Nachfolge von Bundesrat Didier Burkhalter hiess die Devise zuerst: Einen Tessiner braucht die Schweiz, die Frauenfrage ist zweitrangig. «Die Zeit ist noch nicht reif für eine Frauenkandidatur», sagte FDP-Frauen-Präsidentin Doris Fiala gegenüber dem «Tages-Anzeiger» – und erntete Kritik von linken Frauen und von den Medien. Jetzt, ein paar Wochen später, will sie in der «NZZ am Sonntag» nun doch die Waadtländerin Isabelle Moret zur Wahl empfehlen.

Anders bei der Diskussion um die Rentenreform 2020, über welche die Schweiz am 24. September abstimmt. Dort galt die Frauenfrage den Freisinnigen von Anfang an als wichtiges Argument gegen die Neuerungen. So schrieben die FDP-Frauen, die Reform sei unbefriedigend, da insbesondere Frauen mit Teilzeitpensum in der Pensionskasse (PK) nach wie vor zu schlecht versichert würden.

Das machen sie am Koordinationsabzug fest: Die FDP wollte diesen in der Reform streichen, die Linke und die CVP hielten daran fest. Der Koordinationsabzug bedeutet, dass nicht der ganze Lohn einer Person durch die Pensionskasse versichert wird. Vielmehr wird eben ein bestimmter Betrag vom Lohn abgezogen und was übrig bleibt, bildet die Grundlage für die Pensionsabzüge. Allerdings würden Frauen mit eher geringem Einkommen künftig durchaus besser versichert: Neu soll der Koordinationsabzug auf 40 Prozent festgelegt werden; derzeit beträgt er fix 24 675 Franken.

Das wären die Auswirkungen

Das alles ist verwirrend: Linke und CVP-Frauen behaupten, die Reform sei gut für die Frauen, FDP und SVP sagen das Gegenteil. Wie so oft, wenn es um «die Frau» geht, ist die Antwort so simpel wie kompliziert: Es gibt Frauen mit unterschiedlichen Arbeitspensum und Löhnen. Die Reform trifft sie nicht alle gleich.

Doch viele Medien helfen auch nicht weiter: Sie liefern zwar Rechenbeispiele, gehen aber vom Schweizer Durchschnittseinkommen von 77 000 Franken im Jahr aus. Das erhalten die wenigsten Frauen, wie die Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen.

Deshalb haben wir ein paar Vor- und Nachteile für verschiedene Einkommensgruppen skizziert. Die Tendenz: Je weniger Sie verdienen, desto mehr profitieren Sie von einer allfälligen Reform.

Sie sind über 65 Jahre alt und beziehen heute bereits Rente:

Vorteil

- Ihre Rente bleibt gleich.

Nachteile

- Sie profitieren nicht von der AHV-Erhöhung um 70 Franken monatlich.
- Sie zahlen 0,3 Prozent mehr Mehrwertsteuer.

Fazit: Für Sie bleibt alles beim Alten, abgesehen davon, dass Sie beim Einkaufen wie alle anderen mehr Mehrwertsteuer bezahlen müssen.

Für alle Frauen, die noch im Berufsleben stehen, gilt:

Vorteil

- Sie erhalten 70 Franken mehr AHV pro Monat als bisher (Verheiratete 0 bis 113 Franken pro Person).

Nachteil

- Sie müssen ein Jahr länger arbeiten.
- Sie zahlen höhere Rentenbeiträge an die AHV (0,3 Prozentpunkte).
- Sie zahlen mehr Mehrwertsteuer, wenn Sie einkaufen (0,15 Prozent).

Diese Punkte gelten für alle erwerbstätigen Frauen. Doch je nachdem, wie alt Sie sind und wie viel Sie verdienen, gibt es Unterschiede bei Vor- und Nachteilen. Falls Sie zum Beispiel mehr als 21 150 Franken pro Jahr verdienen und damit in eine Pensionskasse einzahlen, zahlen Sie künftig höhere Beiträge und erhalten im Verhältnis weniger Geld dafür als bisher, da der Umwandlungssatz von 6,8 auf 6 Prozent sinkt.

Wenn Sie über 45 Jahre alt sind und über 21 150 Franken verdienen:

Vorteil

- Sie erhalten die gleiche Pensionskassenrente wie bisher erwartet. Zwar sinkt der Umwandlungssatz von 6,8 auf 6 Prozent, was bedeutet, dass die Renten sinken (siehe oben). Bei Ihnen hat die Senkung des Umwandlungssatzes jedoch keine Auswirkung.

Nachteil

- Sie zahlen mehr Pensionskassenbeiträge (siehe oben).

Fazit: Sie haben Glück, dass für Sie die Übergangsregelung gilt und Sie garantiert die gleiche PK-Rente haben wie bisher erwartet, trotzdem aber mehr AHV erhalten. Aber auch Sie müssen ein Jahr länger arbeiten und höhere Abzüge einzahlen.

Wenn Sie unter 45 Jahre alt sind, aber deutlich über 55 000 Franken verdienen:

Nachteil

- Sie bezahlen höhere Beiträge an die Pensionskasse.
- Sie erhalten nicht mehr Pensionskassenrente.

Fazit: Gut verdienende Frauen profitieren am wenigsten von der Reform. Auch diese Frauen müssen ein Jahr länger arbeiten und mehr einzahlen. Doch bei viel Geld im Portemonnaie machen 70 Franken mehr AHV pro Monat wenig aus.

Wenn Sie unter 45 Jahre alt sind und zwischen 21 150 und 55 000 Franken verdienen:

Vorteil

- Sie erhalten wahrscheinlich höhere Pensionskassenrenten, da der Koordi-

nationsabzug neu auf 40 Prozent festgesetzt wird. Teilzeiterinnen können darum einen grösseren Anteil ihres Lohns versichern und erhalten mehr Altersbeiträge vom Arbeitgeber.

Nachteil

- Sie zahlen ebenfalls höhere Beiträge an die Pensionskasse (s. oben).

Fazit: In dieser Gruppe hat es viele Frauen mit Teilzeitpensen. Gemäss Bundesamt für Statistik arbeiten sechs von zehn Frauen Teilzeit. Dadurch, dass sie länger arbeiten und mehr AHV und PK kriegen, haben sie unter dem Strich im Alter mehr Geld als ohne Reform.

Wenn Sie weniger als 21 150 Franken im Jahr verdienen:

Nachteile

- Sie erhalten weiterhin keine Pensionskasse, weil Firmen erst ab einem Lohn von 21 150 Franken verpflichtet sind, Sie in die Pensionskasse aufzunehmen.
- Sie erhalten eventuell weniger Ergänzungsleistungen als ohne Reform.

Fazit: Diese Gruppe besteht vor allem aus Personen mit Kleinstpensen oder Angestellten mit Tiefstlöhnen. Das sind vor allem Frauen. Sie erhalten im Alter oft eine Minimalrente von 1775 Franken. Sie würden eine AHV-Erhöhung von 70 Franken pro Monat besonders spüren. Für diese Gruppe gilt das FDP-Argument nicht, dass Frauen ohne Koordinationsabzug besser versichert wären, da sie gar nicht in eine Pensionskasse einzahlen dürfen.

Diese Auflistung zeigt, dass also vor allem Frauen, die Teilzeit arbeiten oder Tiefsteinkommen haben, von der Reform profitieren würden. Das ist typischerweise die Klientel der linken Parteien. Aber nicht alle Linken sind für die Reform.

Linke streiten sich über Folgen

BastA!-Sekretärin Franziska Stier prognostiziert Nachteile für diejenigen Frauen, die am wenigsten Geld haben: Bezügerinnen von Ergänzungsleistungen. Diese Leistungen bekommen Leute, die allein von der Rente nicht leben können, häufig handelt es sich um Leute in Altersheimen, die hohe Kosten haben. Stier befürchtet: Wenn die Renten steigen, bekommen die Betroffenen weniger Ergänzungsleistungen.

Das wiederum lässt Silvia Schenker nicht als Argument gegen die Reform gelten. Die Basler SP-Nationalrätin schreibt: «Ich finde es seltsam, wenn wir als Linke plötzlich gegen Rentenerhöhungen sind, wegen dem Effekt auf die Ergänzungsleistungen.»

Tatsächlich ist es so, dass sich für die Mehrheit der Bezüger von Ergänzungsleistungen nach der Reform finanziell nichts ändert, wie der zuständige Bundesrat Alain Berset (SP) ausführt. In 76 Prozent der Fälle führt der AHV-Zuschlag zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen. Diese Reduktion wird aber durch den

Zuschlag ausgeglichen: «Nur zwei Prozent der Bezüger würden neu keine Ergänzungsleistungen mehr erhalten», sagt Alain Berset.

Bei einem Nein ist alles ungewiss

Ein weiterer Streitpunkt: Gemäss der Rentenreform müssen Frauen ein Jahr länger arbeiten und werden erst mit 65 Jahren pensioniert. Auch das stösst Linksaussenparteien wie der BastA! sauer auf. Ihr Argument: Solange Frauen 15 Prozent weniger verdienen als Männer und den grössten Teil der Kinder- und Altenbetreuung leisten, darf das Rentenalter nicht erhöht werden.

Die Lohnungleichheit ist auch für SP-Nationalrätin Silvia Schenker inakzeptabel, sollte ihrer Meinung nach aber auf anderem Weg bekämpft werden. Für Schenker ist klar: Die AHV rutscht in die roten Zahlen, die Pensionskassen haben Probleme, deshalb braucht es die Reform.

«Wir haben es geschafft, dass die zusätzlichen Beiträge der Versicherten auch in die AHV fliessen», schreibt Schenker auf Facebook. Für Frauen sei die AHV die sozialere Versicherung. Frauen, die nicht berufstätig sind, weil sie Kinder aufziehen oder kranke Verwandte pflegen, erhalten im Alter dafür eine Entschädigung, sogenannte Erziehungs- und Betreuungsgutschriften.

Und falls die Reform abgelehnt wird, braucht es eine neue Reform, und zwar schnell, sonst geht der AHV bis ins Jahr 2030 das Geld aus. ×

Die Eckpunkte der Rentenreform 2020

- Das Rentenalter für Frauen beträgt neu 65 Jahre (bisher 64).
- Der Umwandlungssatz der Pensionskassen sinkt von 6,8 auf 6 Prozent. Er bestimmt, wie hoch die Rente aufgrund des angesparten Altersguthabens ist. Bei einem Altersguthaben von 100 000 Franken erhält man mit einem Umwandlungssatz von 6,8 Prozent eine lebenslängliche Altersrente von 6800 Franken pro Jahr.
- Der Koordinationsabzug bei der Pensionskasse ist nicht länger auf einen festen Betrag fixiert, sondern beträgt neu 40 Prozent. Der Koordinationsabzug wird vom Lohn abgezogen, der übrigbleibende Teil ist beitragspflichtig.
- Die Renteneinbussen werden mit einer AHV-Erhöhung von 70.-/Monat kompensiert (Ehepaare 140-226 Franken).
- Die Mehrwertsteuer steigt zur Finanzierung der AHV um 0,3 Prozent.

Bundesrat Berset legt sich vor seiner wichtigsten Abstimmung mächtig für die Rentenreform ins Zeug.

«Die Frauen profitieren»

von Renato Beck
und Andrea Tedeschi

Alain Berset steht unter Druck. Seine AHV-Reform steht gemäss jüngsten Umfragen auf der Kippe. Sieben Jahre hat der Sozialminister an der Reform gewerkelt. Gewinnt er am 24. September an der Urne, ist er der Bundesrat, dem nach 20 Jahren Blockade eine AHV-Reform gelingt. Fällt das Projekt durch, wankt der sozialdemokratische Magistrat.

Berset kämpft. Er hat sich auf eine Tour de Suisse begeben, um die «grossen Linien der Reform» aufzuzeigen. Letzte Woche war er in Solothurn, dann in Basel, sprach

dort erst vor Auslandschweizern, später zu einem breiten Publikum im «Unternehmen Mitte».

Es geht um viel

Draussen im «Unternehmen Mitte» hallt es, draussen spielen die Kapellen des «Bebbi Jazz»-Festivals, doch Berset lässt sich nicht beirren. Er argumentiert, erklärt, diskutiert. Er gibt sich volksnah, ist charmant, zeigt Verständnis für die Sorgen, die Fragen. Es ist kompliziert. Hundert Männer und Frauen hören dem Bundesrat konzentriert zu – mehr Männer als Frauen, mehr ältere als jüngere.

Wenige Tage später treffen wir Bundesrat Alain Berset in seinen Büroräumlich-

keiten in Bundesbern, um ohne Dixieland-Soundtrack über sein grosses Werk und die Kritik daran zu sprechen.

Herr Berset, was braucht es, um ein würdevolles Alter zu erleben?

Dass jemand in die Gesellschaft eingebunden ist und teilhaben kann. Und natürlich auch materielle Sicherheit. Ältere Leute müssen genau wissen, wie viel Geld ihnen zur Verfügung steht. Es muss genug sein, um in der Schweiz anständig leben zu können. Die Rente ist existenziell.

Werden Ihre Kinder Aussicht auf eine würdevolle Pension haben?

Ich verstehe die Zweifel ehrlich gesagt nicht ganz. Unsere AHV funktioniert seit 70 Jahren hervorragend. Dazu haben wir eine gute berufliche Vorsorge. Wir werden dafür bewundert im Ausland. Wir können Vertrauen in unser System haben – und in unsere Fähigkeiten, es immer wieder an den gesellschaftlichen Entwicklungen neu auszurichten. Genau das tun wir jetzt mit dieser Reform.

Aber diese Reform wird jüngeren Generationen nicht die Sorge nehmen, dass für sie nichts übrig bleibt.

Das Schlimmste für die Jungen wäre, wenn alles so bleibt, wie es ist. Die Demografieeffekte sind immens, insbesondere werden die Menschen immer älter und die geburtenstarken Jahrgänge kommen bald in Pension. Tun wir nichts, leert sich der AHV-Fonds und die Jungen zahlen nicht nur Beiträge an ihre eigene Rente, sondern müssen später auch ein gewaltiges Loch in der Altersvorsorge sanieren. Aber auch in der zweiten Säule fließen jedes Jahr 1,3 Milliarden Franken von Arbeitenden zu Pensionierten, weil der Umwandlungssatz zu hoch ist. Das ist absolut ungerrecht, das wollen wir korrigieren.

Ihnen wurde Erpressung vorgeworfen, als Sie in einem Interview sagten, ohne Reform hätten die Jungen womöglich keine AHV mehr.

Eine absurde Unterstellung. Ich habe Klartext gesprochen und die Fakten benannt. Und zu den Fakten zählt: Wenn wir die Reform nicht angehen, wird es nach 2030 kein Geld mehr im AHV-Fonds haben.

«Die Gesellschaft verändert sich, aber unser Rentensystem ist gleich geblieben.»

Sie erleichtern den Jungen das Leben aber nicht, wenn Arbeitnehmer künftig bis 70 arbeiten können und so Jobs besetzt halten.

Die Realität im Arbeitsmarkt verändert sich ständig. 2025, das sagen die Prognosen, kommt es in der Schweiz zu einem gravierenden Fachkräftemangel. Die Jungen werden gute Voraussetzungen haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Gleichzeitig hat die Wirtschaft ein Interesse, dass die älteren Leute weiterarbeiten. Diese kön-

Auftritt vor Parteiprominenz: Alain Berset in der «Mitte».

FOTOS: HANS-JÖRG WALTER



nen neu mit länger arbeiten ihre Renten verbessern. Fazit: Alle werden ihren Platz finden können.

Was versprechen Sie sich von der Flexibilisierung des Pensionsalters?

Die Gesellschaft verändert sich, aber unser Rentensystem ist die letzten 20 Jahre gleich geblieben. Die Zeiten, als berufliche Karrieren nach Schema und ohne Brüche verliefen, sind vorbei. Es gibt Leute, die wollen oder müssen früher in Rente gehen als mit 65 Jahren. Und es gibt solche, die wollen länger arbeiten oder gleitend vom Erwerbsleben in den Ruhestand wechseln. Beide profitieren mit der Reform. Wer früher geht, hat keine oder kleinere Einbussen als heute, wer später geht, kann dies gleitend tun und erhält eine bessere Rente. Auch Teilzeitleösungen sind möglich: 50 Prozent AHV-Rente, 50 Prozent Erwerbsarbeit beispielsweise.

«So eine grosse Reform muss einen Kompromiss darstellen. Das heisst, alle, aber wirklich alle müssen sich bewegen.»

Die Wirtschaft haben Sie mit diesem Paket nicht überzeugt.

Wir alle – auch die Wirtschaft – haben ein elementares Interesse daran, dass sich die Altersvorsorge finanziell stabilisiert. Das erreichen wir mit der Reform zumindest bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts. Wenn wir nichts machen, steigt der Druck schnell. Es wäre gefährlich für die Schweiz und unsere Wirtschaft, in eine Drucksituation zu geraten.

Trotzdem sind weite Teile der Wirtschaft gegen Ihre Vorlage.

So eine grosse Reform muss einen Kompromiss darstellen. Das heisst, alle, aber wirklich alle müssen sich bewegen und auch einzelne Punkte akzeptieren, die nicht ganz ihrer Vorstellung entsprechen. Keine Seite konnte ihre Interessen zu 100 Prozent durchsetzen. Viele Anliegen der Wirtschaft – wie die Senkung des Umwandlungssatzes oder das höhere Frauenrentenalter – sind Teil der Vorlage. Das ist ein echter, ausgewogener Kompromiss.

Finden Sie die Wirtschaft destruktiv?

Die Wirtschaft ist sich nicht einig. In der Westschweiz stehen die Wirtschaftsverbände, anders als in der Deutschschweiz, hinter der Reform – wobei es auch in der Deutschschweiz beachtliche Minderheiten gibt. Und zudem haben sich Branchen sowie namhafte Unternehmen für die Reform ausgesprochen.

Von links werden Sie für die Anhebung des Pensionsalters kritisiert. Sie stellen hier Frauen und Männer gleich – obwohl Frauen etwa beim Lohn immer noch systematisch diskriminiert werden.

Es wird oft gesagt, die Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 64 auf 65 Jah-



Gelingt ihm die längst fällige AHV-Reform? Alain Berset gibt alles dafür.

re sei ungerecht. Das ist tatsächlich ein Rückschritt für die Frauen – aber nur, wenn man alle anderen Punkte in dieser Reform ausblendet. Nehmen wir das Beispiel einer 50-jährigen alleinerziehenden Mutter, die Teilzeit arbeitet für einen Lohn von 26000 Franken. Sie könnte sich nach der Reform mit 64 Jahren pensionieren lassen und würde genau gleich viel AHV-Rente erhalten wie heute. In der zweiten Säule hätte sie aber eine viel bessere Deckung und 1100 Franken mehr Rente pro Jahr. Das ist beträchtlich mehr als heute. Und wenn sie bis 65 arbeiten würde, wäre ihre Pensionkassenrente noch besser. Die Frauen profitieren von dieser Reform.

Diese Reform wird die Renten nur bis 2030 sichern. Fangen Sie am Tag nach dem 24. September mit der nächsten Reform an?

Zunächst geht es an die Umsetzung, die ist herausfordernd genug, weil die neue Regelung bereits 2018 in Kraft tritt. Danach werden wir uns Gedanken machen, wie die nächsten Schritte ausschauen müssen. Die werden wieder Zeit beanspruchen, wie es in unserem Land mit seinen demokratischen Prozessen üblich ist.

Ihnen dauert das alles zu lange?

Es braucht sechs bis acht Jahre für eine Reform. Das ist auch in Ordnung so, denn

das erlaubt uns, sämtliche Interessengruppen einzubeziehen, alle Punkte ausführlich zu diskutieren. Ohne breit diskutierte und ausgewogene Lösung hat eine Reform der Altersvorsorge keine Chance vor dem Volk, das haben die letzten 20 Jahre gezeigt. Aber ja, es ist wichtig, dass wir unser System konstant überdenken und anpassen.

«Die Politik soll nicht vorschreiben, wie die Leute zu leben haben.»

Ihre Kritiker, etwa aus der FDP, sind anderer Meinung: Sie drängen auf die ultimative Reform, welche die Altersvorsorge auf Jahrzehnte hinaus sichert.

Das ist nicht machbar, wenn wir nicht auf jegliche politische Steuerung verzichten und unser Rentensystem nur noch der Mathematik anvertrauen wollen. Das ignoriert, dass sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Und Gott sei Dank ist das so! Die Politik soll den Leuten nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Sie muss sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten. ×

Bildstoff

360°

tageswoche.ch/360

Hanoi

Der Militärdienst hat noch keinem geschadet, heisst es oft. Und hier kommt der Beweis: So sauber geht es bei der vietnamesischen Ehrengarde zu und her: Da freut sich Mutti aber!

KHAM/REUTERS



Erde

Aus raumpflegerischer Sicht gefällt das hingegen gar nicht: Der Satelliten-Stewi steht bereit, die Wolken sind blütenweiss – und plötzlich taucht ein grosser schwarzer Fleck am Horizont auf! Aber gemacht: Es ist nur der Schatten der nahenden Sonnenfinsternis...

REUTERS



Jakarta

Reichlich schmierig begehen Indonesier ihren Unabhängigkeitstag: An öligen Pfählen gilt es hinaufzuklettern, um Preise zu ergattern. Ausgedacht haben sich dieses Vergnügen – die niederländischen Kolonialisten.

BEAWIHARTA/REUTERS



Dolginovo

Und schleimig geht es weiter: In Spas zählt frau eine Menge Kröten für dieses alte Hausmittelchen gegen Pickel und Falten. Die Gattin eines weissrussischen Schneckenzüchters sitzt dagegen an der Quelle.

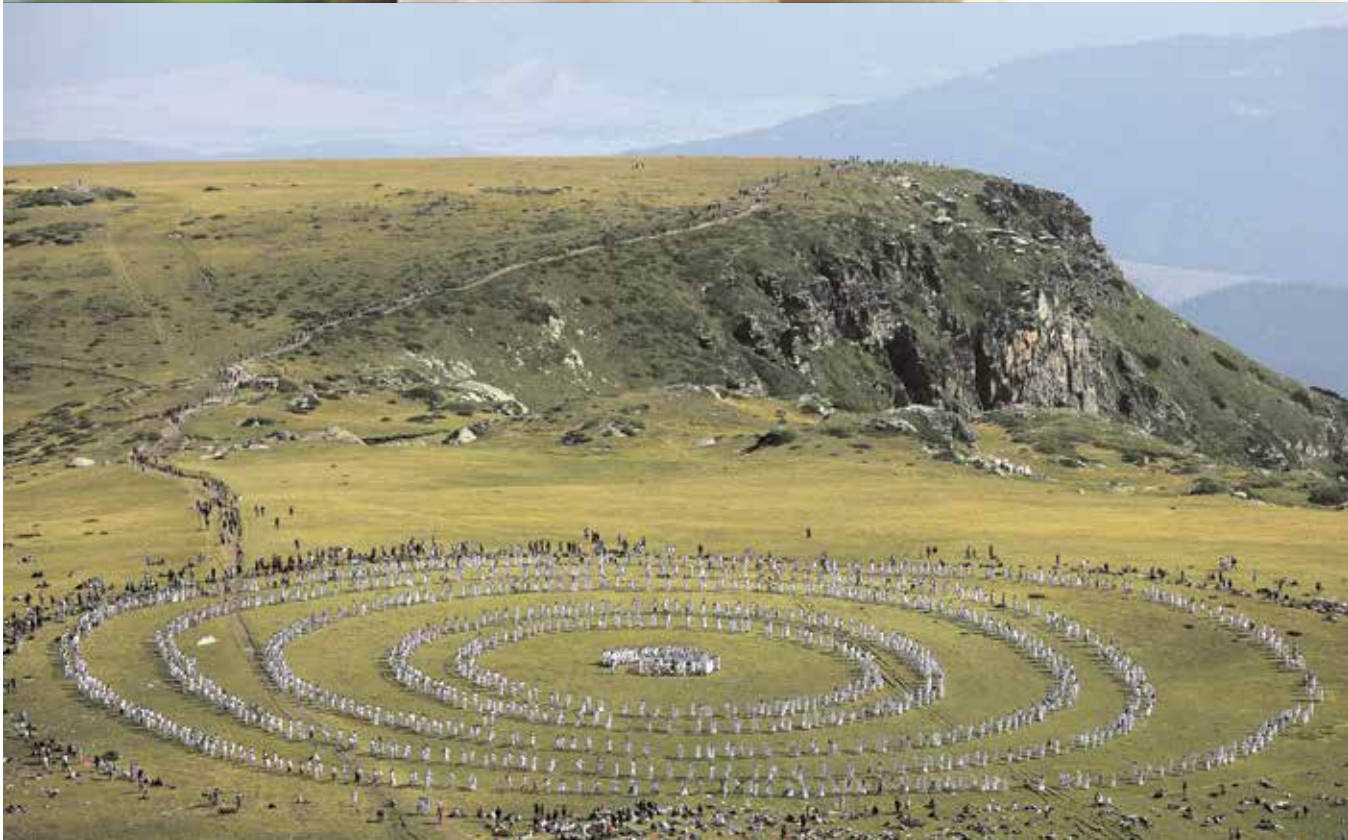
VASILY FEDOSENKO/
REUTERS



Bulgarien

Um eventuelle Missverständnisse auszuräumen: Bei der Universellen Weissen Bruderschaft handelt es sich nicht um den Ku-Klux-Klan. Aber im Vertrauen: Auch diese friedlich wirkenden New-Age-Esos scheinen nicht alle Bettlaken im Schrank zu haben.

STOYAN NENOV/
REUTERS



Wir haben uns in die Baselbieter Gemeinden gewagt, die uns Städter am meisten ablehnen. Warum? Weil wir sie besser verstehen lernen wollen. Station heute: Tschoppenhof.

Das Dorf weiss alles

Der Eindruck täuscht nicht: In Tschoppenhof wächst das Gras tatsächlich grüner.



von Naomi Gregoris

Also erst mal: Es heisst nicht Liedertswil. Wer den Tschoppenhof so bezeichnet, ist ganz sicher nicht von hier. Das sagen uns Anwohner und Ortsschild, jede dritte Fassade und auch unsere Tschoppenhöferin, die uns durch das 158-Seelen-Dorf führt. «Viele wissen gar nicht, dass der Tschoppenhof offiziell Liedertswil heisst», sagt sie lachend. Beatrice Speich, 70 Jahre alt, schicke Kurzhaarfrisur, lachsrosa Nagellack, warmes Lachen. Und sofort Duzis.

Beatrice kennt den Tschoppenhof: Seit 1974 lebt sie hier, in einem hübschen Haus mit viel Umschwung, einem Steingarten und Windspielen auf der Terrasse. Das Haus ist gross und gepflegt, liebevoll eingerichtet und hat die schönste Aussicht des Dorfes: Es liegt ganz zuoberst, das letzte Haus, bevor Wald und Wiesen kommen, grün, so weit das Auge reicht.

Jede Jahreszeit fühlt sich hier zehnmal intensiver an als in der Stadt. Im Sommer die saftigen Wiesen, im Frühling die Kirschblüten, im Winter Schnee – «das

FOTOS: NILS FISCH



glauben mir die in Oberdorf anfangs meistens gar nicht, aber doch, hier oben ist bei uns weiss, wenn die unten gar nichts haben.» Und dann das wunderbare Blätterkleid im Herbst! Beatrice seufzt wohligh. Sie ist glücklich hier.

Liedertswil hat rund 150 Einwohner, ohne grosse Schwankungen. Wer hier hinzieht, bleibt. Und er meidet den Nachbarkanton: 2014 sprachen sich knapp 96 Prozent der Stimmberechtigten gegen eine Prüfung der Kantonsfusion aus – mehr als in allen anderen Baselbieter Gemeinden. Das entspricht gerade einmal vier Ja-Stimmen, während 90 der rund 120 Stimmberechtigten an der Urne ein Nein einlegten. Man fragt nicht, zu welchem Lager Beatrice gehört, muss man auch nicht, man wirds bald raushören.

«Doch, dasch schön hie»

Wir sind an diesem Sommertag hier, um den Tschoppenhof aus der Sicht eines Tschoppenhöfers kennenzulernen. Und zwar nicht über Politiker oder Stammtischler, die immer was zu ihrem Baselbiet zu sagen wissen, sondern für einmal aus der Sicht eines normalen Bewohners.

Deshalb haben wir im Dorf Plakate aufgehängt mit dem Aufruf: «Liebe Bewohner, wer zeigt uns Euer schönes Dorf?» Wir wollen wissen, was die Menschen hier umtreibt. Und was sie hierher treibt. Ins Baselbiet, ein Kanton, der für manch eingefleischten Stadtbasler mindestens so rätselhaft ist wie das iPad für Beatrice. Die hat einen Enkel, der ihr alles geduldig und liebevoll erklärt. Und wir haben Beatrice. «Wollen wir gleich los?»

Gleich. Erst müssen noch die Umstände erklärt werden. Denn die Frau hat eine Mission. Es ist so: Beatrice will ihr Haus verkaufen. Seit ihr Mann gestorben ist und es mit der Gesundheit nicht mehr so rund läuft, braucht sie den ganzen Platz nicht mehr. Jetzt kommen also potenzielle Käufer vorbei. Und die finden alles wunderbar: das Haus, den Umschwung, das Grün, die Natur. Eigentlich würden sie alle gleich einziehen wollen – wenn nur dieser Ort nicht wäre. «Wie kann man hier denn leben?», sagen sie zu Beatrice.

Es klingt vorwurfsvoll, fast ein bisschen empört. Und Beatrice versteht nicht. «Was meinen die damit? Goppeloni! Hier hat man alles, was man braucht, in 40 Jahren hat mir nie was gefehlt.»

Klar, zum Einkaufen muss man nach Oberdorf, wenn man ins Theater will nach Liestal oder Basel. Sie und ihr Mann hatten Zeit seines Lebens ein Abo vom Theater Basel. Aber das Leben besteht doch nicht nur aus Einkaufen und Ausgehen! Deshalb steht Beatrice hier. Um der Welt zu zeigen, wie schön der Tschoppenhof ist.

Hier oben besteht das Leben aus frischer Luft, liebevollen Menschen, schöner Natur. Aus Gemeinschaft. Die wird im Dorf grossgeschrieben. Als Beatrices Ehemann vor 15 Jahren plötzlich an einem Herzstillstand starb, waren alle sofort da. Sie boten sich an – zum Rasenmähen,

euses Baselbiet

Tschoppenhof

Steckbrief

Einwohner: 158

(davon 7 Ausländer)

Baulandpreise 2016:

max. 195 Fr. pro Quadratmeter

Bauernhöfe: 3

Reisezeit mit dem Auto Tschoppenhof–Parkhaus Elisabethen:

40 Minuten

ÖV: Tschoppenhof–Basel SBB:

42 Minuten (umsteigen in Oberdorf und Liestal)

Steuerfuss: 55 Prozent

(BL: 59,36)

Fusionsabstimmung 2014:

96 Prozent Nein

Haushaltmachen, Gesellschaftleisten. «Hab keine Sorge, wir schauen zu dir», sagten sie und hielten es auch ein. Der Bauer mäht ihr heute noch den Rasen.

Ihre Freunde von ausserhalb verstanden derweil die Welt nicht mehr. «Wieso bleibst du noch da oben, jetzt könntest du doch endlich in die Stadt!»

Dabei ist sie keineswegs die typische Tschoppenhöferin. Beatrice ist im Bernbiet geboren und in Solothurn aufgewachsen. In den Siebzigerjahren gelangt sie völlig unverhofft nach Liedertswil. Ihr Ehemann und sie, beide Lehrer, erfahrene zufällig von einem Stück Land weit hinter ihrem Wohnort Muttens, im tiefsten Baselbiet. Sie fahren her und sind sich sofort einig: «Doch, dasch schön hie.»

Ein Verein löst sich auf

«Ich weiss ehrlich gesagt nicht, wie viel ich euch über den Tschoppenhof erzählen kann», sagt Beatrice immer wieder entschuldigend. Andere würden da viel eher infrage kommen. Die Degens zum Beispiel, die gemeinsam mit einer anderen Familie die Liedertswiler Dero Feinmechanik AG gegründet haben. Eine tolle Firma, die gut zu ihren Angestellten schau, viele im Dorf würden da arbeiten. Die Degens wüssten viel über die Gemeinde, nähmen aktiv am Dorfleben teil, würden alle kennen und seien überall involviert.

Sie hingegen, Beatrice, fällt aus dem Rahmen, geht oft ins Ausland, macht Reisen, ist viel unterwegs. Ihre politische Meinung deckt sich mit den wenigsten hier im Dorf. Aber man lässt sie damit in Ruhe. Es ist nicht so wichtig. Hier zählen andere Werte. Freundlichkeit, Verlässlichkeit, Vertrauen. In den meisten Fällen zumindest. Aber da sind wir jetzt noch nicht.

Jetzt sind wir bei Beatrice. Wir wollen eben gerade keine Degens, erklären wir ihr, sondern dich und dein Leben hier. Den Tschoppenhof durch deine Augen. Gerade weil du vielleicht etwas aus dem Rahmen fällst. Sie lacht und zuckt mit den Schultern. Also gut, dann aber los jetzt! Der Weg steht schon fest, er führt rund ums Dorf herum: Ein ordentlicher Fussweg, angelegt vom «Verkehrs- und Verschönerungsverein Oberdorf-Liedertswil». Auch Beatrice hat vor vielen Jahren einen Verein gegründet, sie nannten sich «Die aktiven Tschoppheöfer» und organisierten Veranstaltungen im Dorf: Samichlaus-Chleidli nähen für die Weihnachtszeit, Feste, Kurse, Altersausflüge.

Nach vielen Jahren stieg Beatrice aus, Jüngere rückten nach und übernahmen den Verein. «Aber gerade jetzt», Beatrice biegt ab, vor ihr ragt ein wunderschöner Hof in die Höhe, Geranien und gepflegte Heuballen, so herausgeputzt, als wüsste er, dass wir kommen würden, «gerade jetzt habe ich im Dorfblatt gelesen, dass sich der Verein aufgelöst hat.»

Sie schüttelt den Kopf. «Dene schtinkts eifach, we immer nume reklamiert wird.» Man habe freiwillig viel Zeit investiert, sich Mühe gegeben – und immer Kritik geerntet. Die eine Familie habe sogar einen anonymen Brief gekriegt. So was sei doch einfach nur primitiv.

«Typisch Dorf!» will man da entgegenen. Aber so einfach ist es nicht. Ein Dorf ist ein komplexer Organismus, viel kompakter und direkter als eine Stadt. Jedes Wort kann eine Lawine auslösen, jeder Tritt daneben ein Tritt ins Abseits sein. Jeder kennt jeden, und wenn jeder jeden kennt, redet auch jeder darüber, was jeder macht. Jederzeit.

«Jeder kennt jeden und redet auch darüber, was jeder macht. Jederzeit.»

Das ist fast ein bisschen zu viel Jeder, aber genau darum geht es: Alles hier geschieht im Kollektiv, ob man es will oder nicht. Das Dorf schaut immer hin, redet immer mit. Und das muss gar nicht mal so schlecht sein.

«Zum Beispiel», sagt Beatrice, während wir am ehemaligen Schulhaus vorbeilaufen, «war ich mal in den Ferien. Und eine Freundin von mir musste in mein Haus. Also hab ich ihr erklärt, wo sie den Schlüssel holen muss, und ihr Mann hat den geholt, während sie hinter dem Haus auf dem Bänkli im Garten gewartet hat. Prompt kommt ein alter Mann über die Matte – und ich kenne diesen Mann, der ist vom Dorf, ein Guter, Aufmerksamer, der

weiss immer, was im Dorf so alles läuft – kommt der vorbei und sagt ganz freundlich: Entschuldigung, darf ich fragen, was Sie hier tun? Der hat gut geschaut, du!»

Sie lacht laut. Komisch findet sie das nicht, eher rührend. «Manchmal glaube ich, die wissen fast besser Bescheid über mein Leben als ich.»

Ein bärtiger Mann tuckert in einem eindrucklichen Quad an uns vorbei. Beatrice winkt. «Der Paul. Das ist jetzt ein typischer Einwohner.»

Typischer Einwohner?

Sie nickt. «Spielt Alphorn, kommt selten aus dem Dorf raus, hat ein kleines Hüttli weiter oben, mit ein paar Schafen.» Weiter oben, da ist die Waldweid. Eine hübsche Weid mit Bergwirtschaft. Dort sind Beatrice und ihre Familie früher mit den Skiern hoch und dann bis runter zum Haus gefahren. Früher, als man noch Ski fahren konnte. Jetzt reicht es nur noch für ein bisschen Schlitteln mit den Kindern. «Aber isch o guet!»

Inzwischen sind wir beim alten Schulhaus angekommen, das mittlerweile als Gemeindehaus dient. Hier werden Versammlungen abgehalten, der Handörgelverein trifft sich zum Musizieren oder auf eine Jassrunde, der Platz vor dem Haus ist leer, bis auf ein paar Geranien und einen Rotstab aus Holz. Den hat man damals für die Abstimmung geschnitzt.

ANZEIGE



Von der Socke bis zum Hemd: TICK holt, wäscht und bringt dir deine Wäsche gefaltet und gebügelt. Jetzt registrieren auf tick-wash.ch



Passend dazu sind in fast jedem Garten Baselbieter oder Schweizer Fahnen gehisst. Auch Beatrice hat zwei Fahnen in ihrem Garten: eine Berner und eine Walliser. «Als Gegenpol.»

Wir spazieren weiter und Beatrice erzählt Geschichten aus dem Tschoppenhof. Wie ihr einmal ein Freund beim Jäten behilflich war und ihnen dabei das ganze Dorf zuzwinkerte oder wie ein Bauer einmal fast seinen halben Hof abgefackelt hat. So was bekommt man mit, schliesslich gibt es nur drei Höfe im Tschoppenhof: den Hinterhof, Mittelhof und Unterhof. Alle drei sind auf dem Liedertswiler Wappen zu sehen: drei weisse Hüslis mit blauem Dach vor gelbem Hintergrund. Nach fast 500 Jahren, in denen der Tschoppenhof angeblich diesen Namen trägt, ist also immer noch alles beim Alten.

Nur die Probleme haben sich geändert. Beatrice erzählt von schwierigen Familiengeschichten, fehlendem Geld und Versteigerungen. Einer der Bauern sei am Ende einer solchen Versteigerung so gebückt gelaufen, mit dem Kopf fast bei den Knien. «Sooo!» Sie zeigt es kurz vor. Das Dorf fühlt immer mit.

Es ist fast Mittag, wir sind beim Dorf- anfang angekommen. Hinter dem Ortschaftsschild «Liedertswil (Tschoppenhof)» steht ein offener Schrank mit sorgfältig beschrifteten Produkten aus der Region. Gonfi, Käse, Knoblauchprügel. Auf dem Vitrinenglas ist ein Zettel angebracht:

«Lieber Kunde vom Samstag, 1. Juli 2017, Sie haben vergessen, folgende Artikel zu bezahlen: 1 Knoblauchbängel 8.-, 1/2 Chili Mutschli 8.40, 1 Wisibergkäse 6.15. Total: 24.55. Bitte begleichen Sie das doch noch.» Wir lachen. Hach, das Dorf.

«Das Dorf» gibt es nicht

Und dann erzählt Beatrice noch ihre letzte Geschichte. Danach muss sie nach Hause, sie fährt morgen in die Ferien. Aber diese Geschichte muss noch sein, sie ist wichtig, für sie und den Tschoppenhof.

In einem rosa Haus am untersten Zipfel des Dorfes wohnen seit Kurzem zwei Männer – ein Paar. Beatrice hat sie in der Weihnachtszeit kennengelernt, ihre Nachbarin hatte das Dorf zu Tee und Kuchen eingeladen, und die beiden Neulinge kamen auch. «Und man würde ja denken ...»

Wir nicken. Homosexuelle in einem kleinen konservativen Baselbieter Dorf können es nicht einfach haben. «Aber nüt isch! Ich habe gestaunt! Man hat sie wie jeden anderen Bewohner behandelt.»

Beatrice klingt erleichtert, stolz. Wie kein anderer Tschoppenhöfer weiss sie um die Wichtigkeit einer solchen Geschichte. Der Tschoppenhof ist ein Dorf, ja, aber er ist nicht «das Dorf», denn «das Dorf» gibt es nicht. Es gibt nur Menschen in Gemeinschaften. Und wenn eine Gemeinschaft es schafft, abseits der Vorurteile einen eigenen Weg zu gehen, ist das bemerkenswert.

Beatrice und der Tschoppenhof schaffen das. Und genau das macht das Leben hier so lebenswert.



Eine Frau mit Mission: Beatrice Speich erklärt den Tschoppenhof.



Die alte Weinpresse dient heute als Blumentrog.



So gut besucht wie am ersten Tag war der Erweiterungsbau des Kunstmuseums nie mehr.

FOTO: ELENI KOUGIONIS

Erweiterungsbau

Das Kunstmuseum Basel hat zu wenig Geld, um seinen Neubau bespielen zu können. Dies wurde bei der Planung bewusst in Kauf genommen, um das Millionenprojekt nicht zu gefährden.

Augen zu und durch

von Dominique Spigri

Das Kunstmuseum Basel leidet unter Geldnot. Die TagesWoche hat dies bereits im Februar aufgegriffen. Damals stellte das Haus eine «finanzielle Schieflage» noch in Abrede. Ganz anders in der letzten Woche. In einem Interview mit der «Basler Zeitung» und einem Bericht in der «bz Basel» rapportierte Kunstmuseumsdirektor Josef Helfenstein, dass das erweiterte Museum arg «unterfinanziert» sei: «Wir haben ein strukturelles Problem und es geht nicht nur um dieses und das nächste Jahr, sondern um die Zukunft dieses Museums», sagte er im Interview mit der «Basler Zeitung».

Es stellt sich heraus, dass im Vorfeld der Eröffnung des Erweiterungsbaus und damit auch vor Helfensteins Amtsantritt massiv falsch kalkuliert wurde. Waren im Modellbudget 2015 bei den Eintritts- und Führungen 4,4 Millionen Franken Einnahmen anvisiert, musste sich das Museum 2016 mit weniger als der Hälfte begnügen. Auch die Umsätze der Buchhandlung lagen markant unter dem budgetierten Betrag von 2 Millionen Franken.

Das ist aber nur ein Teil der Gründe, die zur aktuellen Misere geführt haben. So mussten die Museumsleute zur Kenntnis nehmen, dass sie nur über knapp die Hälfte des Betrags verfügen können, der ihnen als «zusätzliche Betriebskosten» versprochen worden war. Und hier öffnet sich ein kleiner Katalog an Konfusionen und Missverständnissen.

Im Ratschlag der Regierung und auch im Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission ist davon die Rede, dass die Berechnung einer Zürcher Ingenieur- und Planungsfirma ergeben habe, dass der ursprünglich angesetzte Zusatzbetrag von 2,3 Millionen Franken massiv zu tief angesetzt war. Die Folgekosten wurden daraufhin auf 4,8 Millionen Franken mehr als verdoppelt – ein Betrag, der im Vergleich zu den 12 Millionen für den Erweiterungsbau des Zürcher Kunsthause immer noch sehr bescheiden wirkt.

Unklare Formulierungen

4,8 Millionen Franken Folgekosten waren Basel-Stadt aber zu viel. Also suchte man nach einer Lösung im Sinne einer vielgelobten Public-private-Partnership, die ja bereits die ganze Baugeschichte der Museumserweiterung geprägt hatte.

Tatsächlich fand sich mit der Stiftung für das Kunstmuseum Basel ein Partner. Dummerweise hatten die beiden Partner aber offensichtlich unterschiedliche Vorstellungen darüber, welche Folgekosten sie zu tragen bereit sind. Das zeigt sich im Ratschlag darin, dass die Begriffe «betriebliche Folgekosten» und «Ausstellungskosten» miteinander vermischt werden.

Wörtlich heisst es: «Die Stiftung für das Kunstmuseum Basel hat deshalb zwischenzeitlich ein Donatorenkonzept entwickelt, um ab Eröffnungsjahr des

Erweiterungsbaus des Kunstmuseums jährlich einen Beitrag an die Ausstellungskosten von CHF 2,5 Mio. leisten zu können. Dieser Beitrag soll die zusätzlichen Betriebskosten des Kantons Basel-Stadt für das Kunstmuseum entlasten.»

Diese Formulierung bringt auch die Basler Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann ins Stutzen: «In heutiger Lektüre fällt auf, dass die in der Studie und im Ratschlag gewählten Formulierungen nicht ganz klar sind», sagt sie.

Damals schien aber niemand Probleme mit dem Widerspruch zu haben: weder die Regierung beziehungsweise das Präsidialdepartement, die diese Sätze verfasst haben, noch die zuständige Grossratskommission, die sich über den funktionierenden «Mechanismus zwischen öffentlicher Kultur und privater Unterstützung» freute, und auch der Rat selber nicht, der das Geschäft schliesslich ohne grosse Diskussionen durchwinkte.

Niemand schien mit den Widersprüchen ein Problem zu haben – weder die Regierung noch der Grosse Rat.

Selbst die besagte Stiftung äussert jetzt erst öffentlich Bedenken. «Für uns war immer klar, dass wir das Geld für zusätzliche Sonderausstellungen zur Verfügung stellen wollen; das war ja schliesslich auch der Hauptgrund, warum der Erweiterungsbau erstellt wurde», sagt Stiftungsratspräsident Markus Altwegg: «Ich kann doch nicht zu Donatoren gehen und um Beiträge an die Stromkosten oder den Reinigungsdienst bitten – wenn wir das beginnen, begehen wir einen Sündenfall.»

Wie die TagesWoche aber aus mehreren verlässlichen Quellen weiss, sind damals viele Augen ziemlich fest zugeedrückt worden. Regierung und Museum hätten sich alle Mühe gegeben, dass die zusätzlichen Betriebsbeiträge nicht zum öffentlichen Diskussionsthema wurden. Dies aus Angst, dass die Folgekosten den neuen Basler Museumstraum trüben oder gar infrage stellen könnten.

Und auch die Stiftung habe die Grenze zwischen Betriebs- und Ausstellungskosten damals nicht so klar gezogen, wie der TagesWoche zugetragen wurde. Die Stiftung nimmt es damit übrigens auch heute nicht immer so genau. So hat sie kürzlich erst einen Beitrag an die Digitalisierung der Bestände des Kupferstichkabinetts zur Verfügung gestellt – «allerdings nicht nur mit gutem Gewissen», wie Altwegg sagt.

Die TagesWoche wollte auch den damals federführenden Regierungspräsidenten Guy Morin befragen. Er hatte das ambitionöse Projekt an vorderster Front mit Verve durchgeboxt oder «durchgeschummelt», wie sich einer der Informanten der Tages-

Woche äussert. Auf Bedenken aus dem Umfeld seines Departements, dass die Folgekosten ungenügend abgesichert und zu tief angesetzt worden seien, habe er mit dem Argument des grossen Zeitdrucks nicht eingehen wollen.

Die Projektverantwortlichen standen tatsächlich unter immensem Zeitdruck. Die Mäzenin Maja Oeri, die das Projekt mit der Schenkung des Baulands lanciert und einen namhaften Beitrag an die Baukosten massgeblich vorangetrieben hatte, hatte ihre Unterstützung nämlich mit einer Ablauffrist versehen.

Morins Modellbudget

Morin möchte sich heute nicht mehr zu Details von damals äussern. «Ich habe zu den Aussagen des Regierungsrats im Ratschlag zum Erweiterungsbau, im Mitbericht der BKK und in der Beratung im Grossen Rat nichts beizufügen. Entscheidend war das ausgeglichene Modellbudget 2015 des Kunstmuseums inklusive Erweiterungsbau», schreibt er in einer E-Mail.

Ausgeglichen präsentierte sich das Budget von damals sehr wohl. Aber die angegebenen Mehreinnahmen in der Gesamthöhe von fast 8 Millionen Franken deuten darauf hin, dass diese Zahlen in erster Linie dazu da waren, allfällige Bedenken wegen möglicherweise nicht gedeckter Folgekosten wegzuwischen. Heute zeigt sich, dass dieses Modellbudget Zahlen enthielt, die jenseits von Gut und Böse waren.

Das scheint heute auch Ackermann so zu sehen: Für sie liegt das Hauptproblem nicht in der unklaren Formulierung in Sachen Betriebskosten. «Problematisch ist, dass die damals berechneten Einnahmen gemessen an den heute realistischen Zahlen viel zu hoch angesetzt waren», wie sie auf Anfrage der TagesWoche schriftlich zu Protokoll gibt.

Wie weiter? Ackermann ist sich im Klaren darüber, dass das Kunstmuseum den Fehlbetrag bei den Betriebskosten mittel- bis langfristig nicht kompensieren kann. «Das Kunstmuseum kann keine Kompensation leisten, da es keine freien Mittel zur Verfügung hat. Zwar gibt es einen Bonus, aber dieser dient als Planungsreserve und bietet keine langfristige Perspektive.»

Muss also der Staat einspringen und das Betriebsbudget erhöhen, wie dies beispielsweise BKK-Präsident und CVP-Grossrat Oswald Inglin gegenüber dem «Regionaljournal» von SRF gesagt hat?

Auch Stiftungsratspräsident Altwegg sieht den Kanton in der Bringschuld. «Mir ist bewusst, dass Frau Ackermann vor einer schwierigen Aufgabe steht, aber für sie ist es auch eine Chance, sich zu profilieren», sagt er.

Ackermann selber will sich noch nicht äussern. Das Präsidialdepartement stehe mit dem Museum und der Stiftung «selbstverständlich» im Austausch. «Wir klären intensiv ab, wie hoch das Defizit genau ausfallen wird, bis dahin kann ich mich nicht dazu äussern», sagt sie. ×

Kinoprogramm

Basel und Region 25. bis 31. August

ANZEIGE

GREENPEACE



**WAS WIRKLICH ZÄHLT, MERKT MAN
ERST, WENN ES NICHT MEHR DA IST.**

Mit ihren zerstörerischen Fangmethoden bringt die Fischereindustrie dutzende Fischarten demassen unter Druck, dass diese kurz vor dem Aussterben stehen. Im Mittelmeer ist der Bestand des Blauflossenthuns um mehr als 80 Prozent zurückgegangen.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT EINER SMS SPENDE:
Bsp. CHF 20.-: «GP MEERE 20» an 488 senden

CHF 1.- bis CHF 99.- möglich – Ihre Telefonnummer wird nicht weiter verwendet.



BASEL **B-MOVIE** Grellingerstrasse 41 b-movie.ch

• **BEFORE I FALL** [16 J]
FR-MO: 21.00^{E/d}

CAPITOL Steinenvorstadt 36 kitag.com

• **ATOMIC BLONDE** [16/14 J]
15.00/18.00/21.00^{E/d/f}
• **DUNKIRK** [12/10 J]
21.00–FR-DI: 15.00^{E/d/f}
• **PLANET DER AFFEN:
SURVIVAL** [12/10 J]
18.00^{E/d/f}

KULT.KINO ATELIER Theaterstr. 7 kultkino.ch

• **DAVID LYNCH:
THE ART LIFE** [12/10 J]
FR/DI: 12.15^{E/d}
• **UNA MUJER
FANTÁSTICA** [12/10 J]
FR/SA/MO-MI: 12.15^{Sp/d/f}
• **DANCING BEETHOVEN** [6/4 J]
FR/SA/MO-MI: 12.20
SO: 11.00^{F/d/f}
• **BEUYS** [0/0 J]
FR/SA/MO-MI: 12.30^{D/d}
• **L'OPÉRA DE PARIS** [6/4 J]
12.30^{F/d}
• **VICEROY'S HOUSE** [8/6 J]
14.00/16.15/18.30^{E/d/f}
• **CE QUI NOUS LIE** [8/6 J]
14.10/16.45/20.30^{F/d}
• **FINAL PORTRAIT** [0/0 J]
21.00–FR-DI: 14.15/18.30
SO: 12.30^{E/d/f}
• **THE PARTY** [12/10 J]
14.30/16.00/17.45/
19.30/21.15^{E/d}
• **UN SAC DE BILLES** [12/10 J]
14.30/16.15/20.45^{F/d}
• **IN ZEITEN DES ABNEHMENDEN
LICHTS** [0/0 J]
16.30/18.40/20.50^{D/d}
• **THIS BEAUTIFUL
FANTASTIC** [0/0 J]
19.00^{E/d}
• **WHITNEY:
CAN I BE ME** [16/14 J]
SA/SO: 10.30^{E/d}
• **THE EAGLE HUNTRESS** [6/4 J]
SO: 10.45^{Kirg/D/d}

KULT.KINO CAMERA Rebgasse 1 kultkino.ch

• **DIE GÖTTLICHE
ORDNUNG** [12/10 J]
14.00/20.50^{Dialekt/f}
• **TULIP FEVER** [12/10 J]
14.45/16.00–FR-SO: 21.00
MO-MI: 18.15/20.30^{E/d/f}
• **WALK WITH ME** [16/14 J]
17.00–SO: 13.00^{E/d}
• **FILMREIHE
«ERZÄHLTES LEBEN»**
FR-SO: 18.15^{Ov}
FR: «PHILOMENA», SA: «IRIS»,
SO: «ALLES IST ERLEUCHTET»
• **LADY MACBETH** [16/14 J]
19.00–SO: 12.20^{E/d}
• **UN PROFIL POUR DEUX** [10/8 J]
SO: 10.30^{F/d}

NEUES KINO Klybeckstr. 247 neueskinobasel.ch

• **SOMMERPAUSE**

PATHÉ KÜCHLIN Steinenvorstadt 55 pathe.ch

• **DER DUNKLE TURM** [12/10 J]
FR/SA/MO-MI: 10.00/12.10
FR-MO-MI: 14.20–FR/SO: 16.30
FR/SA: 22.55–SA/MO-MI: 20.45
DI: 10.50/13.00/15.10/17.20^D
FR/SO: 20.45
SA/MO-MI: 16.30^{E/d/f}
• **ATOMIC BLONDE** [16/14 J]
13.00/15.30/18.00/20.30
FR/SO/DI: 10.30–FR/SA: 23.00^D
18.00/20.30–FR/SA: 23.00
SA/MO-MI: 10.30^{E/d/f}
• **ANNABELLE 2** [16/14 J]
FR/SO/DI: 10.40–FR/MI: 18.15
SO/DI: 20.40^{E/d/f}
15.50–FR/SA/MO-MI: 20.40
FR/SA: 23.00–SA/MO-MI: 10.40
SA-DI: 18.15^D
• **DUNKIRK** [12/10 J]
13.20–FR/SO/DI: 11.00/20.20
SA/MO-MI: 18.00–SA: 22.40^D
15.40–FR/SO/DI: 18.00

FR: 22.40
SA/MO-MI: 11.00/20.20^{E/d/f}
• **TULPENFIEBER** [12/10 J]
FR/SO/DI: 11.05/18.10
SA/MO-MI: 15.50/20.30^{E/d/f}
FR/SO/DI: 15.50/20.30
SA/MO-MI: 11.05/18.10^D
• **BULLYPARADE –
DER FILM** [6/4 J]
11.30/13.45/16.00/
18.15/20.30–FR/SA: 22.45^D
FR/SA: 20.30 CINE DELUXE
• **EMOJI – DER FILM – 3D** [6/4 J]
FR/SA/DI/MI: 11.35/15.45
FR/SO/DI: 13.40^D
• **EMOJI – DER FILM** [6/4 J]
SA/MO-MI: 13.40
SO/MO: 11.35/15.45^D
• **ICH – EINFACH
UNVERBESSERLICH 3** [6/4 J]
FR/SO/DI: 11.55/16.00
FR-MO-MI: 18.40
SA/MO-MI: 14.00^D
• **ICH – EINFACH
UNVERBESSERLICH 3 – 3D** [6/4 J]
FR/SO/DI: 14.00
SA/MO-MI: 11.55/16.00^D
• **SPIDER-MAN:
HOMECOMING – 3D** [12/10 J]
13.05^D
• **OSTWIND –
AUFBRUCH NACH ORA** [6/4 J]
13.25^D
• **BABY DRIVER** [16/14 J]
17.50–FR/SA: 23.05^D
• **VALERIAN –
DIE STADT DER TAUSEND
PLANETEN – 3D** [12/10 J]
FR/SO/DI: 20.15–FR/SA: 22.50^D
SA/MO: 20.15^{E/d/f}
• **COMÉDIE-FRANÇAISE:
CYRANO DE BERGERAC** [0/0 J]
SO: 10.30^F
• **ANDRÉ RIEU:
DAS MAASTRICHT-
KONZERT 2017** [10/8 J]
DI: 19.30^D
• **KILLER'S
BODYGUARD** [16/14 J]
MI: 20.15^D

PATHÉ PLAZA Steinentorstr. 8 pathe.ch

• **PLANET DER AFFEN:
SURVIVAL – 3D** [12/10 J]
20.30–FR/SO/DI: 17.40
FR/SA: 23.20–SA: 14.50^D
• **VALERIAN –
DIE STADT DER TAUSEND
PLANETEN – 3D** [12/10 J]
SA/MO-MI: 17.40–SO: 14.50^D

REX Steinenvorstadt 29 kitag.com

• **EMOJI – DER FILM** [6/4 J]
FR-MO-MI: 14.00–DI: 14.30^D
• **ANNABELLE 2** [16/14 J]
FR-MO-MI: 14.30–DI: 14.00^D
20.30–FR-MO-MI: 17.30
DI: 17.00^{E/d/f}
• **BULLYPARADE –
DER FILM** [6/4 J]
FR-MO-MI: 17.00–DI: 17.30^D
• **SPIDER-MAN:
HOMECOMING** [12/10 J]
FR-MO: 20.00^{E/d/f}
• **KITAG CINEMAS Ladies Night:
HEREINSPAZIERT!** [6/4 J]
DI: 20.00^{F/d}
• **KITAG CINEMAS Movie Night:
KILLER'S BODYGUARD** [16/14 J]
MI: 20.00^{E/d/f}

STADTKINO Klosterstrasse 5 stadtkinobasel.ch

• **PLEIN SOLEIL** [16/14 J]
FR: 18.30^{F/d}
• **UNA MUJER
FANTÁSTICA** [12/10 J]
FR: 21.00^{Sp/d}
• **MONSIEUR KLEIN** [12/10 J]
SA: 16.00^{F/d}
• **DER WALD VOR
LAUTER BÄUMEN** [0/0 J]
SA: 18.30^D
• **ROCCO E I
SUOI FRATELLI** [16/14 J]
SA: 20.30^{Id}
• **LES AVENTURIERS** [12/10 J]
SO: 13.30^{F/d}
• **TABU** [14/12 J]
SO: 15.45^{Port/E/Sp/d}
• **LE SAMOURAI** [16/14 J]
SO: 18.00^{F/d}
• **SCARRED HEARTS** [12/10 J]

SO: 20.00^{Rumän/d}
• **ALLE ANDEREN** [14/12 J]
MO: 18.30^D
• **O ORNITÓLOGO** [16/14 J]
MO: 21.00^{Ov/d}
• **HEDI SCHNEIDER
STECKT FEST** [10/8 J]
MI: 18.30^D
• **DEUX HOMMES
DANS LA VILLE** [12/10 J]
MI: 21.00^{F/d}

FRICK **MONTI** Kaistenbergstr. 5 fricks-monti.ch

• **FINAL PORTRAIT** [0/0 J]
FR/SA: 20.15^{E/d/f}
• **DUNKIRK** [12/10 J]
SA: 17.30^D

LIESTAL **KINOORIS** Kanonengasse 15 kinooris

• **BULLYPARADE –
DER FILM** [6/4 J]
FR/SA/MO-MI: 17.30–SO: 14.30^D
• **ATOMIC BLONDE** [16/14 J]
20.00–FR/SA: 22.45^D
• **ICH – EINFACH
UNVERBESSERLICH 3 – 3D** [6/4 J]
SA/SO: 11.00–SA/MI: 13.00^D
• **EMOJI – DER FILM** [6/4 J]
SA/MI: 15.15^D

SPUTNIK Poststr. 2 palazzo.ch

• **THE DYING
OF THE LIGHT (2015)**
FR: 20.00^{E/d}
AB 19.00 ERÖFFNUNGSFEST
MIT BEGRÜSSUNGSANSPRACHEN
UND APÉRO.
MIT EINEM GRUSSWORT
VON MONICA GSCHWIND
• **OSTWIND –
AUFBRUCH NACH ORA** [6/4 J]
SA/SO/MI: 15.30^D
• **IN ZEITEN DES ABNEHMENDEN
LICHTS** [0/0 J]
SA-MO: 18.00^D
• **FINAL PORTRAIT** [0/0 J]
SA-MI: 20.15^{E/d/f}
• **WALK WITH ME** [16/14 J]
DI/MI: 18.00^{E/d}

SISSACH **PALACE** Felsenstrasse 3a palacesissach.ch

• **FINAL PORTRAIT** [0/0 J]
FR-MO: 18.00–SO: 10.30
DI/MI: 20.30^{E/d/f}
• **TULIP FEVER** [12/10 J]
FR-MO: 20.30–DI/MI: 18.00^{E/d/f}
• **ICH – EINFACH
UNVERBESSERLICH 3** [6/4 J]
SA/SO/MI: 16.00^D

Sie möchten den Sommer mit ein paar unbeschwerten Tagen am Wasser ausklingen lassen? Unser Tipp: Fahren Sie mit der Tucker-Eisenbahn an den Bodensee.

Gelati am See

von Martin Stohler

Friedrichshafen ist zu Wasser, zu Lande und in der Luft erreichbar. Von Basel aus empfiehlt sich die Anreise auf der deutschen Seite des Rheins mit einem regionalen Tuckerzüglein – besonders preisgünstig mit dem Baden-Württemberg-Ticket der Deutschen Bahn.

Ein Auto brauchen Sie in Friedrichshafen nicht. An der Seepromenade, in der «Gastromeile» am Hafen und in der Einkaufsstrasse mit den obligaten Kleidergeschäften ist man zu Fuss unterwegs und für Ausflüge gibt es Autobusse und Schiffe. Daneben steht am Bodensee auch das Fahrrad hoch im Kurs. Man bringt es mit der Bahn von zu Hause mit oder mietet eines vor Ort und kann dann auf Radwegen im Rudel um den See blochen.

Jedem das seine. Ich ziehe es vor, erst einmal in einem italienischen Eiscafé mit Blick aufs Wasser den Segelbooten und Kursschiffen zuzuschauen und einen Cappuccino zu trinken, wie er in bella Italia nicht besser serviert wird.

Heimathafen der Hindenburg

Ein Luftschiff, das am Himmel vorüberzieht, erinnert mich daran, dass hier am See Graf Zeppelin (1838–1917) trotz verschiedenen Rückschlägen seinen Traum vom Fliegen verwirklicht hat. Das ihm gewidmete Zeppelin Museum im Gebäude des ehemaligen Hafenbahnhofs besitzt die weltweit grösste Sammlung zur Luftschiffahrt. Sein Prunkstück ist eine Teilrekonstruktion des LZ 129 «Hindenburg», das am 6. Mai 1937 bei der Landung in Lakehurst (USA) in Flammen aufging.

Mit dem Dornier Museum direkt beim Flughafen von Friedrichshafen gibt es gleich noch eine weitere Möglichkeit, sich in die Geschichte der Luft- und Raumfahrt zu vertiefen.

Im Luftschiff, das immer wieder am Himmel vorbeischiebt, kann man übrigens mitfliegen – die Preise sind allerdings gepfeffert. Ganz anders die Preise in den Eiscafés. Die kühlen Leckereien bekommt man hier für so wenig Geld, dass einen nur der über die Jahre grösser gewordene Bauchumfang etwas Zurückhaltung üben lässt.

Gelati standen – so viel wir wissen – nicht auf dem Speiseplan der Pfahlbauer, die einst am Bodensee siedelten. Seit den 1920er-Jahren wird die Erinnerung an sie in einem Freilichtmuseum in Unteruhldingen gepflegt. Was im ersten Moment den Eindruck eines Pfahlbauorfes erweckt, ist in Wirklichkeit ein Ensemble von Bauten so unterschiedlicher Epochen wie der Stein- und der Bronzezeit.

Bei der Rekonstruktion der Häuser hat man sich soweit möglich an archäologischen Funden in der Region orientiert. Die Häuser stehen allerdings im Wasser, obwohl den Museumsgründern klar war, dass die historischen Pfahlbauten nicht in den See gebaut worden waren. Das Auge des Besuchers stört das nicht.

Von Friedrichshafen aus erreicht man das Pfahlbaumuseum bequem mit dem Bus in einer halben Stunde. Unterwegs lässt sich auch ein Zwischenhalt im malerischen, d.h. ziemlich museal wirkenden, Städtchen Meersburg einlegen. Letzteres ist von Friedrichshafen aus auch mit dem Schiff in einer Stunde erreichbar.

Sollte es Ihnen in Friedrichshafen an Hektik mangeln und können Sie mit einem Museumsbesuch auch nichts anfangen, hier ein Geheimtipp: Rasen Sie mit dem Katamaran über den Bodensee nach Konstanz und stürzen Sie sich dort ins Getümmel der Schweizer Einkaufstouristen – ein Erlebnis, das Sie garantiert nicht so schnell vergessen werden. ×

Essen

Es muss nicht immer Pizza oder Schnitzel sein. Wers zwischendurch mal indisch will – der Tandoori Palace an der Schanzstrasse 15 serviert würzige Gerichte.

Schlafen

in der Unterkunft Capitol in einem ehemaligen Kinogebäude hinter dem Bahnhof.

Vor sich hin träumen

auf einer Bank im Park an der Uferpromenade.

Via Konstanz ist die Anreise auch auf dem Wasser möglich.

FOTO: MARTIN STOHLER



Kreuzworträtsel

dritt-grösste Stadt Italiens	Fabeltier	beim ...verein wird wieder gebaut	Echse	abgezogene Kopfhaut	3	Verneinung	nirgends gekrümmte Fläche	lind, mild	Hunziker, Basler Porträt Fotograf, Vorname	erbärmliches Dasein
9				Gemüse, hilft gegen Vampire						
Präposition		positiv geladene Elektrode	Kürzel für Vereinigte Arabische Emirate			knappe Anordnung		Unified Communications, Abk.	kurz für Nachnahme	6
				Pflanze, die Tarzan mochte				Fluss im Engadin Ort zum Übermachten		
Erwerb	Namens- aktie, Abk.		Atem- stillstand	5				man gibt sie zur Begrüssung		
spezielles Gas								franz.: man	Fachschule, kurz	
Wesen aus einer göttlichen Sphäre	1	weich gekocht	engl.: lassen					dieser Basler Turm	chem. Zeichen f. Flerovium	
dieser Platz beim Basler Rathaus	genauester Zeitmesser	so ist Boxer am Boden						it. Felseninsel	Wochentag	bekannte politische Union
								weibliches Märchenwesen		
Berg (VS) der Mischabelgruppe	10	neben anderem	zum Teil, und das kurz	Autor von Sternstunden der Menschheit		berühmter und knapper Damenbadeanzug	Bäume haben einen	Leiden, das Böse	8	Ansturm beim Verkauf
		Zahlwort	Obergewand im alten Rom			die Minestrone ist eine				in Form eines Kreises
Basel: kulturelles Unternehmen				beliebtes Haustier, männlich				er trinkt gerne Whiskey	7	der Anaconda (Stiller Has)
			röm. drei							
			CH-Auto-kennzeichen			Kurzform von Abitur		das Machen		
damit fahren viele	Dreifachkonsonant			Meier ist einer, Müller ebenfalls				wertloses Zeug	4	
wirklich	2			Top-Level-Domain v. Kiribati		..ueh.. = dort mahlt man		.e..pt = illegal aufgepusht (Sport)		

Für die besten Aussichten.
Die besten Bildungs-Standorte.

Jetzt auch in Münchenstein und in Liestal sowieso.

Avanti
KV Weiterbildungen

kaufmännischer verband
baselland

avanti-kv.ch

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

MITMACHEN UND GEWINNEN

Senden Sie eine SMS an die Nummer 343: **TW Lösungswort, Name und Adresse** (i. - SMS) oder unter www.tageswoche.ch/kreuzwort.
Einsendeschluss: 30.08.2017. Lösungswort der letzten Woche: **GRILLFEUER**



ZU GEWINNEN:

Wir verlosen einen Pro Innerstadt Gutschein (50 CHF). Gewinner: **Kaspar Zimmermann**



Auflösung der Ausgabe Nr. 33

Impressum

TagesWoche
6. Jahrgang, Nr. 34,
verbreitete Auflage:
36 750 Exemplare (prov. Wemf-
beglaubigt),
Spitalstrasse 18,
4056 Basel
Herausgeber
Neue Medien Basel AG
Redaktion
Tel. 061 561 61 80,
redaktion@tageswoche.ch

Die TagesWoche erscheint
täglich online und jeweils am
Freitag als Wochenzeitung.

Geschäftsleitung
Sibylle Schürch
Digitalstrategie
Thom Nagy
Creative Director
Hans-Jörg Walter
Marketing
Stephanie Gyga
Redaktion
Renato Beck und
Gabriel Brönnimann
(Co-Leitung Redaktion),
Yen Duong, Andrea Fopp,
Naomi Gregoris, Stefan Kempf,
Simone Janz (Praktikantin),
Christoph Kieslich,
Felix Michel,

Matthias Oppliger,
Samuel Rink (Aushilfe),
Jeremias Schulthess,
Dominique Spirgi,
Andrea Tedeschi,
Samuel Waldis,
Reto Aschwanden und
Tino Bruni
(Co-Leitung Produktion),
Mike Niederer (Produzent),
Hannes Nüsseler (Produzent)
Layout/Grafik
Anthony Bertschi,
Carol Engler,
Eliane Simon
Bildredaktion
Nils Fisch

Korrektorat
Yves Binet, Chiara Paganetti,
Irene Schubiger,
Laura Schwab, Martin Stohler,
Dominique Thommen,
Jakob Weber
Abodienst
Tel. 061 561 61 61,
abo@tageswoche.ch
Anzeigenverkauf
COVERAD LINE AG
Tel. 061 366 10 00,
info@coveradline.ch

**Unterstützen Sie unsere Arbeit
mit einem Jahresbeitrag**
UnterstützerIn: 160 Fr. pro Jahr
EnthusiastIn: 220 Fr. pro Jahr
Unternehmen: 660 Fr. pro Jahr
Mehr dazu: tageswoche.ch/abo
Druck
Mittelland Zeitungsdruck AG,
Aarau
Designkonzept und Schrift
Ludovic Balland, Basel

OTTO'S


**Sessantanni
Primitivo
di Manduria**

Jahrgang 2013*

- Traubensorte: 100% Primitivo
- die Trauben stammen von mindestens 60-jährigen Rebstöcken
- Ausbau während 12 Monaten in Barriques
- 14,5% Vol.

75 cl

21.90
statt 29.90

 Auch online
erhältlich:
ottos.ch

Nescafé Dolce Gusto

z. B. Latte Macchiato, Cappuccino, Lungo, Espresso Intenso, Chococino oder Barista


4.95
Konkurrenzvergleich
6.40

je 16 Kapseln

Capri-Sun

Multivitamin oder Safari Fruits


2.75

statt 4.70

Fleecejacke

Gr. M-2XL, 100% Polyester, div. Farben


17.90
Giorgio Armani

Acqua di Gioia Femme EdP Vapo 30 ml


35.90
Konkurrenzvergleich
70.-

 Auch online
erhältlich:
ottos.ch

Shirt

Gr. S-XL, 50% BW, 50% Polyester, div. Farben


14.90
Zewa

Haushaltspapier Dekor oder weiss

je 16 Rollen


9.90
Konkurrenzvergleich
19.50

Ariel Professional

flüssig, Pulver oder Pods

je 140 WG


27.95

statt 69.55



je 70 WG

15.95

statt 34.80

je 64 WG

19.95
Konkurrenzvergleich
43.90

Nike Downshifter 7
Runningschuh Herren,
Gr. 41-46

 je
49.-
Preis-Hit

Damen, Gr. 37,5-40

**Merrell Ridgepass
Bolt Mid WP**

Multifunktionsschuh Herren, Gr. 41-45


89.-
Konkurrenzvergleich
169.-

Riesenauswahl. Immer. Günstig.

ottos.ch

AZA
CH-4056 Basel
PP/Journal

Post CH AG

TagesWoche
Neue Medien Basel AG
Spitalstrasse 18, 4056 Basel
Redaktion: 061 561 61 80
Abo: 061 561 61 61
tageswoche.ch



ANZEIGE



Erwin Bucher
GmbH

REGIO · KÜCHE+BAD

Veredelte Kochkultur in Stein

ST-ONE Die Naturstein-Kücheninsel von  strasser

Im Martelacker 10
D-79588 Efringen-Kirchen
Tel. +49 (0) 7628 / 9103-0

Fax +49 (0) 7628 / 9103-22
info@regio-kueche-bad.de
www.regio-kueche-bad.de